

Das Haus Bartleby, so nennen es die drei Karriereverweigerer, ist offen für alle, die es ernst meinen mit der Karriereverweigerung und humorvolle Geschichten des Gelingens erzählen möchten. Seite 3

Im Frühjahr diesen Jahres waren Cynthia und Alba vom Netzwerk der »HüterInnen der Samen des Lebens« (RGSV*) und Tonio von der kolumbianischen Agrarkoordination CNA auf Einladung von Longo maí in Europa unterwegs. Seite 4

Am 22. Februar 2014 fanden im festlich geschmückten »Rancho« der Finca Sonador die Feierlichkeiten des 35. Jubiläums der Gründung der Flüchtlingskooperative in Costa Rica statt. Seite 4

Selbständiges Arbeiten und Kinderbetreuung nach eigenen Ideen gestalten, das ist die Idee der Eltern-Kind-Büros. Während die Kids malen und toben, gehen die Eltern in einem ruhigen Raum ihrer Arbeit nach. Seite 5

Am 28. September besuchten 8.000 HamburgerInnen das Schanzfest. Gefeierte wurde wie seit 25 Jahren – ebenso lang wie die Rote Flora besetzt ist. Seite 7

Fragt der Beitrag, auf Grund der Schikane gegenüber Hartz 4 Empfängern. Nicht einmal vor linken Projekten macht diese gesellschaftliche Stimmungsmache halt. Seite 9

DDR 1989

Der vergessene Herbst der Utopie



In diesem Jahr feiert die herrschende Politik am 9. November 25 Jahre Mauerfall und damit den Siegeszug des kapitalistischen Systems auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Die Debattenbeiträge findet ihr auf den Seiten 11 - 14

▲ In der Umbruchsituation am Ende der DDR ging Besetzen leichter: Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain 1990

Foto: Kappa/Umbruch Bildarchiv

VON RENATE HÜRTGEN, BERLIN UND ANNE SEECK, REDAKTION BERLIN ● Wir möchten daran erinnern, dass es eine Zeit gab, da war die DDR das freieste Land der Welt. Die alte Macht war gebrochen, eine neue hatte sich noch nicht als endgültig herausgebildet. Das war die Zeit der Runden Tische, der Basisgruppen in den Betrieben und demokratischen Initiativen im ganzen Land. Hier wurde ganz real an einer anderen Zukunft für die DDR gebastelt. Die Utopien des Herbst 1989 scheinen aber vergessen zu sein.

Die bisherigen »real-sozialistischen« Verhältnisse haben sich allerdings als antiemanzipatorische Sackgassen erwiesen. Deshalb ist für die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert eine radikal emanzipatorische Neubestimmung von Theorie und Praxis der antikapitalistischen Linken notwendig.

Wir, das ist die Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus, die sich anlässlich der Kommunismusdebatte im Jahre 2011 gebildet hatte und sich nach der Durchführung von drei Veranstaltungen erweiterte. Anlass war für uns zunächst im Januar 2010 eine Veranstaltung im Berliner Kato, die sich ideologisch mit der Reinwaschung des sogenannten real existierenden Sozialismus

in der DDR hervortat. Im Gestus und auf dem Niveau des DDR-Staatsbürgerkundeunterrichts erfuhren die BesucherInnen über die DDR nun, dass diese im Gegensatz zur Behauptung mancher Linker sozialistisch gewesen sei, dass natürlich die Partei im Interesse des Volkes geherrscht und das Volkseigentum im Interesse des Volkes gestaltet und verwaltet habe. Im Raum herrschte eine bedrohliche Stimmung gegenüber DDR-KritikerInnen. Der Vortrag, den Inge Viett hier gehalten hatte, wurde sodann von der jungen welt publiziert und zum Auslöser der auch in der breiteren publizistischen Öffentlichkeit geführten »Kommunismusdebatte« a la DDR. Befeuert wurde diese Debatte durch die von der jungen welt im Januar 2011 veranstaltete Kommunismus-Konferenz mit Inge Viett, der DKP-Vorsitzenden Bettina Jörgensen sowie der PDL-Vorsitzenden Gesine Löttsch. Durch das eindeutig uneindeutige Statement von Gesine Löttsch wurde ihr zuvor in der jungen welt publizierter »Kommunismus«-Artikel nun zum Skandalon der PDL, mit dem bürgerliche Medien und Politik diese wieder einmal durchaus nicht grundlos vor sich her treiben konnten.

In dieser Stimmungslage organisierten wir drei Veranstaltungen: »Die Linke und der ›real existierende

Sozialismus«», »Wie sozialistisch war der ›real existierende Sozialismus?« und »Raus aus dem Kapitalismus- aber wohin? Konkrete Utopien heute«. Es gelang uns, neunzehn ReferentInnen aus verschiedensten Spektren, Marxisten und Libertäre, DDR-Oppositionelle und Westautonome, Bewegungslinke und VertreterInnen der Linkspartei zu gewinnen. Auf unserem Blog finden sich die Mitschnitte der Veranstaltungen: eidesk.wordpress.com. Zudem ist das Buch »Was tun mit Kommunismus?!« mit Beiträgen der ReferentInnen im Jahre 2013 im Unrast-Verlag erschienen: www.unrast-verlag.de/gesamtprogramm/allgemeines-programm/politik-gesellschaft/was-tun-mit-kommunismus-399-detail Heute sind wir ein Diskussionskreis, der sich einmal im Monat trifft.

Das besondere an diesem Kreis ist, dass hier Menschen unterschiedlichster politischer Herkunft – Anarchisten, Trotzlisten, Alt- und Neumarxisten aus Ost und West – zusammen diskutieren. Die Arbeit ist nicht ganz problemlos, auch, weil sich akademisch Geschulte und Praktiker_innen der Sozialarbeit um gegenseitiges Verständnis bemühen müssen. Aber die Mühe lohnt sich, eben auch darum, weil auf diese Weise sehr unter-

schiedliche Erfahrungshintergründe und Traditionen aufeinandertreffen, die in ihrer Kombination im besten Fall etwas Neues hervorbringen können. Was treibt die Mitglieder dieses Arbeitskreises um? Letztlich ist es die Frage nach einer neuen linken Perspektive, einer Zukunft jenseits von Kapitalismus und »Realsozialismus«, jenseits bisheriger feststehender Wahrheiten.

Neun Mitglieder unseres Diskussionskreises – fünf DDR-Sozialisierte- Ostblog, vier BRD-Sozialisierte-Westblog – haben vier Fragen beantwortet. Fragen nach den alternativen Ideen und der Praxis 1989. Warum es nicht zum Zusammengehen von Ost- und Westlinken kam. Und was noch relevant für die heutige Zeit sei. Zudem antworten einige auf die Zusatzfrage »Was ist links?«. Eine gültige Antwort haben sie wohl alle nicht. Aber die Debatte ist eröffnet. ●

BREITE MOBILISIERUNG GEGEN TTIP UND CETA

Selbstorganisiert gegen Freihandel

Die Widerstandsaktionen gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA nehmen an Breite und Vielfalt zu. Nachdem die EU-Kommission die Europäische Bürgerinitiative (EBI) nicht zulassen wollte, hieß es bei den InitiatorInnen »jetzt erst recht«: Ein breites, europaweites Bündnis von mehr als 250 Organisationen aus 21 Ländern startete eine selbstorganisierte Initiative und verlangt: »Verhandlungsmandat für TTIP aufheben, CETA nicht abschließen!«

VON PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART ● Hunderttausende in ganz Europa waren am 11. Oktober auf den Straßen, um an einem Aktionstag laut Nein zu sagen zu den geplanten Freihandelsabkommen der EU. An mehr als 1.000 Orten fanden Proteste gegen TTIP, CETA und TISA statt. Allein in Deutschland gab es in mehr als 150 Städten Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen, zu denen lokale Attac-Gruppen und unterschiedliche Bündnisse mobilisiert hatten. Zudem konnten die InitiatorInnen von Campact und

Attac melden, dass bereits mehr als 430.000 Menschen die selbst-organisierte europäische Bürgerinitiative des Bündnisses »Stop TTIP« unterzeichnet hatten – vier Tage nach ihrem Start. (Bei Redaktionsschluss am 20. Oktober waren es bereits über 650.000 Menschen.)

»Die Botschaft ist eindeutig: Die Menschen in Europa wollen TTIP und Co. nicht. Jetzt ist es an der Politik, endlich auf den Widerstand zu reagieren«, sagte Roland Süß vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. »Die Bürgerinnen und Bürger sagen Nein zu Handelsabkommen, die allein im Interesse der großen Konzerne dies- und jenseits des Atlantiks ausgehandelt werden, für die allermeisten Menschen aber Verschlechterungen mit sich bringen. TTIP und CETA bedrohen wichtige Grundlagen unseres Lebens: soziale Sicherheit, Arbeitsrechte, Umweltschutz, Verbraucherschutz, nachhaltige Landwirtschaft und Demokratie.«

Aufgerufen zu dem europäischen Aktionstag hatte ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen aus ganz Europa. Gemeinsam fordern sie von der EU-Kommission, die Verhandlungen mit den USA (TTIP) sowie zum Dienstleistungsabkommen TISA zu

stoppen und das bereits verhandelte Abkommen mit Kanada (CETA) nicht zu unterzeichnen.

Die öffentliche Mobilisierung konzentrierte sich jedoch nicht nur auf den Aktionstag und auf das Sammeln von Unterschriften für die erste selbstorganisierte Bürgerinitiative, sondern setzt auf die Eigeninitiative von Initiativen und Organisationen. So sind bereits zwei weitere Kampagnen erfolgreich angelaufen: Eine Reihe von Buchhandlungen in verschiedenen Städten verhüllten ihre Schaufenster mit Großplakaten, die vor einer Abschaffung der Buchpreisbindung und anderen zu befürchtenden Auswirkungen von TTIP auf die Kulturbranche warnen. In Nürnberg konnten die verdutzten KundInnen beispielsweise lesen: »Hier sollen auch weiterhin Bücher ausliegen. Das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA bedroht die Buchpreisbindung. Ein irreparabler Schaden für AutorInnen, LeserInnen und den Buchhandel. Verhindern wir TTIP!«

Mit der Kampagne »Kommunen gegen TTIP« scheint es zu gelingen, selbst in größeren Städten eine Mehrheit der ParlamentarierInnen zu einer deutlichen Stellung-

nahme auffordern zu können. Beispielsweise hatte der Rat der Stadt Essen einem Antrag gegen TTIP zugestimmt. Darin wird ein Abbau des demokratischen Rechtsstaates befürchtet. Der Rat der Stadt Essen fordert, dass die Vertragsverhandlungen gestoppt werden sollen. ●

Infos:
 ► www.stop-ttip.org/de
 ► www.attac.de/ebi

ANZEIGEN

STILL ING BUKO!

BUKO BRAUCHT KOHLE.

Für linke Debatten und Transnationale Vernetzung

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.
 Darlehensgenossenschaft eG Kiel
 BLZ 210 602 37, Konto: 234 389
 IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89
 BIC bzw. SWIFT GENODEF1EDG
www.buko-braucht-kohle.de

SPENDEN-UND ABOZÄHLER

Aktion 2015

Liebe UnterstützerInnen,

Vorweg einen großen Dank unseren GeburtstagsgratulantInnen - Dank dem Werkhof Darmstadt, dem Frauenzentrum Schokofabrik e.V. aus Berlin und dem Hof Ulenkrug von der europäischen Kooperative Longo Mai aus Stubbendorf.

Nun ist schon wieder November, unseren Spendenaufruf für das nächste Jahr findet ihr in dieser Ausgabe. Wir starten die Aktion 2015. Nachdem wir dieses Jahr unser Spendenziel nicht erreichen konnten, brauchen wir wiederum 8.500 Euro an Spenden, um im nächsten Jahr über die Runden zu kommen. Millionäre machen sich damit einen schönen Abend, für uns ist dies allerdings schon eine hohe Jahressumme. Aber dies ehrt uns auch. Wir zählen wieder auf euch, dass es ebenso wie im letzten Jahr ein guter Spendenstart werden möge.

Gleichzeitig versuchen wir vermehrt, die Stagnation bei den Abos in Zugewinn zu wandeln. Die Zunahme der Schnupperabos in den letzten Monaten lässt hoffen. Auch mehr bezahlte Anzeigen würden uns nach vorne bringen. Ebenso liebäugeln wir mit mehr Fördermitgliedern.

Möge es ein gutes neues CONTRASTE-Jahr werden. Spendet. Spendet. Spendet.

A. M.	38 €
NN	100 €
S. I. K.	49 €
Heinz Weinhausen, Köln.....	5 €
Ariane Dettloff, Köln.....	50 €

Unser Aboticker: vier neue AbonentInnen, aber auch sechs Kündigungen. Dazu kommt eine neue Fördermitgliedschaft.

Eure CONTRASTE-Redaktion

WRITER'S CORNER

Blick vom Maulwurfshügel

Liebe Brigitte,

Deinen letzten »Blick vom Maulwurfshügel« richtest Du auf die Permakultur als Beispiel für eine Logik, die natürliche Selbstorganisationsprozesse für menschliche Bedürfnisse nutzbar machen will.

Nach dem von Dir zitierten Biologen Andreas Weber sind biologische Prozesse nicht naturgesetzlich vorprogrammiert, sondern bilden »Kaskaden von Selbstorganisation mit offenem Ausgang«. Das würde bedeuten: die Natur ist im Grunde selbstorganisiert, was nahelegt, dass sich auch die Menschen sinnvollerweise nach diesen Prinzipien richten sollten. Für mich klingt das, als würdest Du diesen Forschungsansatz benutzen, um dem Prinzip der Selbstorganisation eine naturwissenschaftliche Legitimation oder Dignität zu verleihen.

Am Beispiel der Permakultur führst Du das noch weiter aus: Es gehe darum, »möglichst geschlossene selbstorganisierte Kreisläufe zu schaffen«. Selbstorganisation wäre damit ein grundlegendes Prinzip der Welt, nach dem nicht nur biologische, sondern auch »Veränderungsprozesse ... sozialer Natur« gestaltet werden sollten.

Ich frage mich, welchen Stellenwert in Deiner Ableitung dem Bewusstsein und der spezifischen gesellschaftlichen Natur (in der Sprache der Kritischen Psychologie) des Menschen zukommt. Was hilft es mir bei meiner Lebensführung, wenn ich weiß, dass auch in der Natur Selbstorganisationsprozesse vorkommen bzw. vielleicht sogar an prominenter Stelle stehen?

Die kritische Stoßrichtung des Diskurses der Selbstorganisation richtet sich ja nicht gegen die Natur, grenzt sich aber auch nicht von ihr ab.

Vielmehr kritisiert das Paradigma »Selbstorganisation« die Zumutungen des modernen kapitalistischen Weltsystems, in denen sich die Menschen als indivi-

dualisierte vorfinden, die sie als Handelnde ständig reproduzieren und in ihrem Denken und Fühlen verinnerlicht haben. Selbstorganisation steht gegen Entfremdung, Entmündigung, gegenseitige Funktionalisierung von Menschen. Selbstorganisation wäre nicht Emanzipation von der Natur, sondern Emanzipation von der Herrschaft einer historisch besonderen und besonders ungemütlichen Gesellschaftsform.

Er bedeutet eine Kritik an der instrumentellen Vernunft der »Experten«, die uns nach dem Muster der herrschenden gesellschaftlichen Form informieren, verwalten und bewerten. Diese Selbstermächtigung gegenüber dem System scheint mir eine andere Qualität zu sein als das, was Du bei biologischen Prozessen als »Entscheidungsspielraum« siehst.

Vielleicht willst Du aber deinen Hinweis auf die Natur von Selbstorganisationsprozessen auch viel einfacher verstanden wissen: als Unterstützung und Vergewisserung eines bewussten Emanzipationsprozesses. Wenn selbst in der Natur ein gewisser Entscheidungsspielraum existiert, hätten wir Menschen nicht nur die vage Hoffnung von Gestaltungsmöglichkeit einer andern Zukunft und einem entsprechenden Paradigmenwechsel, sondern brauchten uns nicht immer wieder Illusionismus, Weltfremdheit usw. vorwerfen lassen. Diese Unterstützung können wir gegenüber der herrschenden Alternativlosigkeit und dem (von Fukuyama bereits 1992 erklärten) »Ende der Geschichte« gut gebrauchen.

Aber inhaltlich dürfte uns dieses Wissen kaum weiterhelfen. Oder würdest Du auch die Ziele unserer Emanzipation von der herrschenden gesellschaftlichen Logik aus der »Natur« ableiten, obwohl menschliche Gesellschaften keine Organismen sind?

Uli Frank

Change of Address !

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

NEU:
Änderungen bitte an: abos@contraste.org senden.

SCHNUPPERABO

3 AUSGABEN FÜR NUR 5 EURO

Online-Bestellung unter:

www.contraste.org

oder einfach das Geld, in Form von Briefmarken oder einem Schein, mit Anschrift und Stichwort »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Lieferungen ins europäische Ausland kosten 10 Euro.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus.

SPENDEN FÜR CONTRASTE

Contraste e.V.
Kontonummer: 515 124 05
BLZ 508 900 00
Volksbank Darmstadt eG
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SPENDENTICKER 2015

☛ Damit CONTRASTE im Jahr 2015 kostendeckend arbeiten kann, fehlen noch 8500 Euro

DER POLITISCHE KRIMI

FÜR ANSPRUCHSVOLLE, DIE MEHR ALS DIE BILDZEITUNG WOLLEN.
ALLE DREI MONATE IN DER CONTRASTE.

MANOTTI WEITER IN HÖCHSTFORM

VON ROMAN SCHWEIDLENKA • Ich erinnere mich: Als ich das erste Mal ein Buch von Dominique Manotti rezensierte, war die französische Schriftstellerin relativ unbekannt, eine von vielen im Dschungel der Thriller und Krimis. Inzwischen avancierte sie zur bekanntesten Polit-Krimi-Autorin Europas. Das zu recht. Mag ihre Sprache manchmal auch ein wenig verkürzt und ruppig erscheinen, so bietet sie dessen ungeachtet Spannung und politische Informationen. Politisches Wissen bezüglich der linken Bewegungen und bezüglich rechtsextremer Machenschaften würde heute bereits in den Kellern der Historiker modern, brächte Manotti diese Themen und historischen Erinnerungen nicht in Krimiform wieder an das Tageslicht. Spannend und nicht abgenutzt auch ihr neuer Roman »Ausbruch«. Eines erzählt sie die Geschichte eines Kleinkriminellen, der im Gefängnis zufällig in Kreise der radikalen italienischen Linken der siebziger Jahre gerät und plötzlich im französischen Exil zum Starautor wird, was für ihn schließlich übel ausgeht, durchblickt er doch die Machenschaften und Strategien der Rechten und der Geheimdienste nicht. Eingebettet in die Story ist neben einer atmosphärisch anspruchsvollen Schilderung der italienischen extremen Linken im französischen Exil andererseits die Geschichte ebendieser radikalen Linken von den Roten Brigaden bis zur gewaltlos agierenden Lotta Continua. In dieses Szenario spielen neofaschistische Umtriebe des Ordine Nuovo und der Loge P2 hinein, die mit terroristischen Attentaten Italien für einen faschistischen Putsch weich klopfen wollten. Geschichte und Spannung bis zur letzten Zeile. ●

Dominique Manotti: Ausbruch. Ariadne Krimi, Hamburg 2014



JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- Schickt mir erst mal eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr:

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg



KARRIEREVERWEIGERUNGSZENTRUM HAUS BARTLEBY

Karriere macht dumm

Im Berliner Bezirk Neukölln haben die drei Freunde Alix Faßmann, Jörg Petzold und Anselm Lenz das Zentrum für Karriereverweigerung gegründet. Sie nennen es Haus Bartleby, nach dem Helden des Romans »Bartleby der Schreiber« von Herman Melville. Bartleby schuffet am Schreibtisch in einer Kanzlei, bis er eines Tages nicht mehr kann. Er geht in die innere Immigration und sagt fortan nur noch diesen einen Satz: »I would prefer not to« - »Ich möchte lieber nicht«. Diese Geschichte aus dem 19. Jahrhundert dient dem Zentrum für Karriereverweigerung als Vorlage für politische, künstlerische und private »Projekte des Gelingens«. Das Haus Bartleby hat Großes vor: Es möchte das kapitalistische System aus den Angeln heben. Wie das ganz konkret funktionieren könnte, erzählen sie CONTRASTE in einem Interview.

VON DANA BERG, BERLIN ● Wer kennt die Situation nicht: Man steht, mehr oder weniger gelangweilt, auf einer Party, einer Vernissage oder einer Gesellschaft herum, pult am Etikett einer Bierflasche und plötzlich entsteht eine Kommunikationssituation mit einem fremden Menschen. Ob man darum bittet oder nicht, sie wird gestellt, die häufigste Frage der Welt: »Und was machst Du so?« Was will der/die Fragende da eigentlich wirklich von einem wissen? Und überhaupt: Ist diese Frage so harmlos, wie sie scheint? Muss man sie pflichtbewusst beantworten? Alix Faßmann (31), Jörg Petzold (38) und Anselm Lenz (32), die drei Gründer des Hauses Bartleby, des nagelneuen Zentrums für Karriereverweigerung, mitten im Berliner Bezirk Neukölln, möchten lieber nicht. Ihrer Ansicht nach verbirgt sich hinter solchen Fragen viel mehr: Da möchte jemand wissen, auf welche Stufe der Karriereleiter man sich schon hochgearbeitet hat. Der Fragende hat bewusst oder unbewusst die Denkstrukturen des kapitalistischen Systems längst verinnerlicht.

»I would prefer not to«

An einem sonnigen Oktobermittwoch treffe ich im tiefsten Neukölln die drei Gründer des Hauses Bartleby, dem Zentrum für Karriereverweigerung, in einem charmanten Neuköllner Späti-Bäcker-Café-Dingens. Sie sind alle drei Ü 30, in relativ bescheidenen Siedlungen und Verhältnissen in Ost- und Westdeutschland aufgewachsen, haben ihr Studium mit schlecht bezahlten Jobs in Metallfabriken, mit Kellnern und Gartenarbeit finanziert und in ihren aktuellen kreativen Berufen im Journalismus, Dramaturgie und Schauspiel relativ steile Karrieren hingelegt.

Bis sie eines Tages trotz guter Bezahlung und gesellschaftlichem Ansehen, genau wie ihr Held Bartleby, dieses wachsende Unbehagen, wie sie es beschreiben, in ihren Berufen nicht mehr ausgehalten haben. Alle drei haben gekündigt, ohne zu wissen, wie es weiter gehen soll, finanziell und generell: »Meine Freunde haben mich gewarnt: Du kannst doch nicht, wenn du ein Kind kriegst, Deine Festanstellung aufgeben!«, beschreibt der Schauspieler Jörg die Reaktionen in seinem Umfeld nach der Kündigung. Aber so weiter machen wie bisher, das sprach komplett gegen sein Verständnis von Menschlichkeit und Freiheit.

Das Private Wohnmobil ist politisch

Alix Faßmann, die als Parteiberaterin und Journalistin gearbeitet hat, ist nach ihrer Kündigung erst mal ins Private geflüchtet. Sie hat sich ein Wohnmobil gekauft und ist nach Italien gereist. Allerdings ist das Private auch politisch und so hat sie aus der Distanz heraus



▲ Der Haushund Anwalt ist in Sachen Karriereverweigerung ein echtes Vorbild



▲ Von links: Klaus, Jörg, Alix, Anselm und der Hund Anwalt vor dem Haus Bartleby

Fotos: Dana Berg

versucht zu verstehen, was sie konkret anprangert und verändern möchte. Das erste Ergebnis dieses Denkprozesses ist ihr neu erschienenen Buch »Arbeit ist NICHT unser Leben – Anleitung zur Karriereverweigerung« erschienen im Verlag Bastei Lübbe, 2014. In Italien ist aber auch die Idee des Hauses Bartleby entstanden. Wenn Arbeit, Geld, Karriere und Konsum NICHT unser Leben ist, was dann? Für Alix Faßmann ist die Antwort ganz klar: »Das Haus Bartleby ist das Lukrativste, was ich je gemacht habe!« Aber nicht im monetären Sinne, wie sie mit einem Schmunzeln betont. Es geht ihr nicht um Karriere, Geld und Konsum, sondern um Freundschaften, Muße und Glück. Denn »Karriere macht dumm und Ehrgeiz macht krank«, wie sie in ihrem Buch schreibt.

Wollen Karriereverweigerer Karriere machen?

In Interviews sehen sich die drei Freunde stets derselben Kritik ausgesetzt: Ihnen wird vorgeworfen, dass sie, wenn sie »schicke Webseiten« machen und Bücher schreiben, doch auch Karrieristen seien und sowieso immer auch Teil des »Systems«. Außerdem gehörten sie zu einer privilegierten weißen Mittelschicht und könnten sich daher den Luxus einer »Auszeit« im Gegensatz zu einem Kassierer im Supermarkt leisten. Mit Karriereverweigerung könne der Otto-Normalverbraucher gar nichts anfangen, weil er die aufgrund seiner gesellschaftlichen und familiären Herkunft ohnehin nicht machen kann. Sie seien doch bloß ein weiteres kommerzielles Projekt der Generation IMM (Irgendwas mit Medien). Mit ihrem Ladenbüro würden sie, wie andere junge Kreative doch auch, nur den Gentrifizierungsprozess im Bezirk vorantreiben.

Alix, Anselm und Jörg kennen diese Argumentationen ihrer Kritiker. Karriere machen wollen sie jedoch ganz bestimmt nicht. Ihrer Ansicht nach sind das häufig Argumente etablierter und konservativer Medienmacher, die ihnen Naivität und Statusneid unterstellen wollen: »Ein alter Trick des Kapitalismus«, sagt Anselm. Der New York Times Kolumnist David Brooks

beispielsweise bezeichnet postmoderne Kapitalismuskritiker als »Bobos«: Eine Wortkombination aus Bourgeois und Bohémien. Demnach wollen Kritiker des kapitalistischen Systems auch nur die Kohle und die Macht und weil sie die nicht bekommen können, verstecken sie den Status-Neid hinter romantizierender und rückwärtsgewandter Kapitalismuskritik. Der konservative Medienforscher Norbert Bolz ist ebenfalls ein Anhänger dieser Bobo-These.

Die Karriereverweigerer verstehen sich keinesfalls als Status-Neider, sondern als eine gemeinnützige Kooperative. Sie befinden sich in einem permanenten Austausch mit Anwohnern im Kiez, deren Probleme sie gut kennen und sehr ernst nehmen. Wofür arbeitet das Haus Bartleby? »Wir arbeiten für eine andere Verteilung des Eigentums an Wohnraum, Betrieben und Anerkennung.«

Wie reagiert man auf diese abwertende Kritik? »Mit Wissen und mit Humor«, sagt Anselm, »das ist nämlich genau der Trick des Kapitalismus, uns das als Versagen auszulegen. Das sagen alle, dass da nur Eitelkeit eine Rolle spielen würde. Es ist nicht so, dass ich nicht wüsste, wie das geht, eine Karriere fortzusetzen, Geld zu verdienen oder einen auf IT-Heini zu machen. Man muss darauf bestehen, dass man weder zu eitel, zu blöde oder zu faul ist sich anzustrengen, sondern dass das Versagen nicht auf unserer Seite liegt. Da wird behauptet: das ist Neid, oder Du hast eine Krise oder Burnout, oder es ist nicht so gelaufen, wie Du es Dir vorgestellt hast.«

Die Thesen neoliberaler Medienexperten, dass das kapitalistische System gottgegeben ist oder wie ein Naturgesetz unaufhaltsam wirkt, halten die drei hingegen für naiv. Das System, so wie es ist, ist menschengemacht und man kann durchaus ein Gegengewicht herstellen. Auf ihrer neuen Webseite versammeln sie bereits viele theoretische und praktische »Geschichten des Gelingens«. Man findet dort Projekte alternativen Wirtschaftens und Handelns jenseits des antrainierten Verständnisses von Arbeit.

Sie haben beispielsweise eine Schweizer Initiative zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens besucht und interviewt und Wissenschaftler der Uni Freiburg im Sonderforschungsbereich

Muße-Forschung. Aktuell ist ein Interview mit einem wohnungslosen Neuköllner geplant.

Der weiße Hermelin im Auto-Ersatzteillager

Das virtuelle Haus Bartleby ist online, aber das physische Haus Bartleby noch eine Baustelle. Glücklicherweise mussten sich die drei keine teure Ladenwohnung mieten. Klaus, ein alteingesessener Kiezbewohner und Ladenbetreiber für Auto-Ersatzteile, hat das Zentrum für Karriereverweigerung ohne Mietvertrag und mit offenen Armen in seinem Automobillfachgeschäft aufgenommen, weil da noch ein Räumchen frei war. Zehn Quadratmeter groß. Klaus ist von der Idee des Zentrums für Karriereverweigerung begeistert. Er ist neugierig, was daraus entstehen wird. Solidarische Nachbarschaftshilfe nennen die drei Freunde das.

Auf der blau angemalten Eingangstür des Hauses Bartleby klebt das Logo des Zentrums: ein wappenähnliches Bild mit weißen Hermelinen mit schwarzer Schwanzspitze. Warum sie sich ausgerechnet dieses geschichtsträchtige Raubtier als Logo ausgesucht haben? Es ist eine Anspielung auf die Macht-Symbole von Königen und Fürsten. Ein Hermelinmantel galt seinerzeit als besonders kostbar. Damals wie heute spielt Kleidung als Symbol der Macht in der Karriere eine große Rolle, »und Kleider entscheiden auch darüber, ob du dazu gehörst oder nicht«, sagt Anselm. Darüber hinaus seien Hermeline unbestechlich und gehen lieber durchs Feuer, als sich vom Kapitalismus korrumpieren zu lassen.

Das Haus ist offen für alle, die es ernst meinen

Das Haus ist offen für alle, die es ernst meinen mit der Karriereverweigerung und humorvolle Geschichten des Gelingens erzählen möchten: »Das Haus Bartleby ist eine durch und durch vernünftige Entscheidung, die jeden abholen möchte, der ein Unbehagen in sich trägt und dem mittels eigenen Denkens auf die Spur kommen will. Und das reicht von der Supermarkt-Verkäuferin bis zum Maschinenbauingenieur, sagt Alix. Und Jörg fügt hinzu: »Es ist ein Raum für die Auseinandersetzung, der Verweigerung gegenüber dem Kapitalismus. Ein Raum, in dem praktische Alternativen aufgezeigt werden, damit man nicht nur in Verweigerung verharrt, sondern damit etwas Neues entsteht: ein Raum der konstruktiven Möglichkeiten.«

Die Geschichte des Hauses Bartleby begann für alle drei mit ihrer Kündigung. Was müsste in Zukunft passieren, dass sie dem Haus Bartleby das Kündigungsschreiben einreichen?

»Wenn es so etwas wie einen Guru gäbe. Einen schillernden Intendanten. Diese Beweihräucherung alter Säcke in den Institutionen. Das wäre für mich definitiv ein Kündigungsgrund«, sagt Anselm zum Schluss des Interviews. Der vorbildlichste und konsequenteste Karriereverweigerer ist der Haushund, der auf den Namen Anwalt hört: Während des gesamten Interviews hat er in aller Seelenruhe zu unseren Füßen geschlafen.

Am 8. November wird das Haus Bartleby ab 16 Uhr in der Kirchhofsstraße 17 in Neukölln mit Musik, Lesungen, Sekt und einem inszenierten szenischen Bewerbungsgespräch eingeweiht. ●



KOLUMBIEN - NETZWERK DER »HÜTERINNEN DER SAMEN DES LEBENS«

Rettet das Saatgut!

Im Frühjahr diesen Jahres waren Cynthia und Alba vom Netzwerk der »HüterInnen der Samen des Lebens« (RGSV*) und Tonio von der kolumbianischen Agrarkoordination CNA auf Einladung von Longo maï in Europa unterwegs. Sie brachten viele Einblicke aus der Saatgutbewegung Kolumbiens mit. Hier einige Auszüge aus dem Brief, den Cynthia uns nach ihrer Rückkehr schrieb:

VON JÜRGEN HOLZAPFEL, LONGO MAÏ ● Diese Reise durch Europa war für uns alle drei eine sehr intensive Erfahrung, die uns noch lange beschäftigen wird. Die vielen Begegnungen mit engagierten Menschen, die sich über die Zukunft unserer Erde und der Menschen Sorgen machen, die um die Bedeutung der Samen als Ursprung des Lebens wissen und uns ihre Hilfe und Unterstützung zugesagt haben. Sie gaben uns viel Kraft und Hoffnung.

Gleichzeitig sahen wir aber auch, dass es in Europa nur noch sehr wenige Bauern gibt, dass große Teile der Natur schon zerstört sind und die ländlichen Gebiete von vielen nur noch wie eine hübsche Dekoration betrachtet werden, für Folklore und Erinnerung, für die Erholung und das, was sie als Freizeit bezeichnen. Andererseits konnten wir auch viele Bewegungen und konkrete Initiativen kennenlernen, die mit den Füßen auf und im Boden konkrete Alternativen aufbauen, die Ideologie der Konkurrenz und des Profits ablehnen und gegen Ungerechtigkeiten kämpfen. Sie gaben uns viele neue Ideen und Mut. Jetzt haben wir unsere Füße wieder auf kolumbianischem Boden, diesem leidvollen Land mit den riesigen Städten Bogota und Cali und ihren irrsinnigen Lebensbedingungen, welche ein großer Teil der Menschen nicht freiwillig gewählt hat. Sie wurden



Foto: Philippe Velez McIntyre



Foto: Longo maï

▲ Vor dem Besuch der kolumbianischen Botschaft in Bern zog eine Gruppe von Menschen mit beschrifteten Säcken durch die Straßen, um auf die große Bedrohung des Saatguts aufmerksam zu machen.
 ▲ Tonio, Alba und Cynthia aus Kolumbien auf Infotour durch Europa.

gewaltsam von ihrem Land vertrieben oder mussten es aus wirtschaftlichen Gründen verlassen.

Hier sind sie Bettler geworden oder Sklaven, die für ihr tägliches Überleben schufteten. Ich stelle mir vor, dass wir all das verändern müssen, dass die Menschen ein Recht haben, auf das ihnen geraubte Land zurückzukehren.

Patenschafften

Wir hoffen sehr, dass wir den Kontakt mit euch aufrecht erhalten können. Während unserer Reise haben wir die Patenschaftskampagne für unser Netzwerk gestartet: Es geht darum, unsere Arbeit für die Erhaltung der einheimischen Kulturpflanzen finanziell zu unterstützen. Angesichts der Gesetze, welche die Vermehrung und Verbreitung unseres Saatgutes verbieten, bedeutet diese Form, uns zu »adoptieren« zugleich Anerkennung und Legitimation. Es gibt auch die Möglichkeit technischer und fachlicher Unterstützung: Ihr könnt unsere Höfe besuchen und euer Wissen mit uns teilen.

Es ist aber auch wichtig, dass Ihr in Europa eure Kämpfe und den Aufbau konkreter Alternativen weiterführt und uns auf dem Laufenden haltet. <

Im Zusammenhang mit den Freihandelsverträgen,

die Kolumbien nach sechsjährigen Verhandlungen mit den USA (2012) und der EU (2013) unterschrieben hat, musste das Land in seinen Gesetzen die geistigen Eigentumsrechte der Konzerne auf Saatgut garantieren. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde nach vielen Protesten vom Verfassungsgericht gestoppt. Stattdessen erließ das Amt für Landwirtschaft 2010 das »Dekret 970«, mit dem unter anderem die eigene Vermehrung von Saatgut nahezu verboten wurde. In den darauf folgenden drei Jahren beschlagnahmte und zerstörte die Regierung viertausend Tonnen Saatgut. Die meisten Bauern in Kolumbien vermehren ihr Saatgut selbst.

Diese Vernichtung von Saatgut sowie massive Importe hochsubventionierter Lebensmittel aus den USA und der EU seit den Freihandelsverträgen führten im vergangenen Jahr zu großen Protesten der Landbevölkerung.

Auch in diesem Jahr gehen die Proteste weiter. Das Netzwerk der »HüterInnen der Samen des Lebens« wurde 2002 von Kleinbauern aus Ecuador und dem Süden Kolumbiens gegründet, um die Vielfalt ihrer traditionellen Kulturpflanzen zu erhalten. Heute bestehen Gruppen des Netzwerkes in den meisten Regionen Kolumbiens. Eine Sorte wird lebendig erhalten, wenn

sie von vielen Bauern wieder genutzt wird.

Dazu gehört auch die Vermittlung des Wissens über die Anbaumethoden der indigenen Völker. Longo maï und das Europäische BürgerInnenforum starteten eine Kampagne mit Protestbriefen an die kolumbianische Botschaft in Bern gegen die Zerstörung des bäuerlichen Saatgutes.

Mehrere tausend Menschen schickten Briefe, und die kolumbianische Botschafterin empfing am 21. Mai eine BürgerInnen-Delegation. Die Botschafterin zeigte sich beeindruckt und interessiert und wird unser Anliegen weiterleiten. ●

* Red de Guardianes de Semillas de Vida: www.colombia.redsemillas.org
 Aus »Nachrichten aus Longo maï«, Nr. 115

AUTONOME FLÜCHTLINGSKOOPERATIVE

35 Jahre Longo maï in Costa Rica

Am 22. Februar 2014 fanden im festlich geschmückten »Rancho« der Finca Sonador die Feierlichkeiten des 35. Jubiläums der Gründung der Flüchtlingskooperative in Costa Rica statt.

VON ROLAND SPENDINGWIMMER, LONGO MAÏ ● Zahlreiche Mitglieder der Kooperative, Vertreter anderer Kooperativen, der Botschafter von El Salvador, Aktivistinnen von Ökologiebewegungen und der Sohn des Ex-Präsidenten Rodrigo Carazo, welcher die Ansiedlung der Flüchtlinge und Bauernfamilien im Jahre 1979 tatkräftig unterstützte, waren zu diesem Anlass in den Süden Costa Ricas gereist.

In der Begrüßung der hier lebenden Bauernfamilien und ihrer Gäste wurde darauf hingewiesen, dass Longo maï / Finca Sonador gewissermaßen 30 Jahre Geschichte Zentralamerikas widerspiegelt: Im ersten Jahrzehnt, Ende der 70er und während der 80er Jahre, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Nicaragua und El Salvador, die enorme Flüchtlingsströme verursachten, letzten Endes aber zwei Diktaturen zu Fall brachten. In den folgenden 25 Jahren ist es die Konfrontation mit einem grenzenlos vordringendem Neoliberalismus, der historisch errungene Sozialleistungen und Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungswesen auf diesem Kontinent systematisch rückgängig machte.

Der Aufbau der Finca Sonador in Costa Rica war davon gekennzeichnet, möglichst rasch eine wirtschaftliche Autonomie zu erlangen. Vier Standbeine haben uns in wenigen Jahren dieses Ziel erreichen lassen: eine diversifizierte Landwirtschaft, die Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte vor Ort, der Direktexport von Kaffee über »Fair Trade« nach Europa und die Schaffung eines Modells von sozial verantwortlichem Tourismus, an dem sich alle Bauernfamilien beteiligen können und welcher der Kooperative 2004 den Internationalen »To do!«-Preis einbrachte. Im Rahmen des

Festes wurden sieben Mitglieder der Kooperative, die sich in den 35 Jahren Aufbauarbeit durch besondere Verdienste auszeichneten, geehrt. Maria Zoila Ortega, seit 1982 in Longo maï, ist eine dieser PionierInnen: Unermüdete Aktivistin, in Chalateno aufgewachsen, engagierte sie sich bereits in frühem Alter auf Seiten der verfolgten Bauern und sozial engagierter Priester, verlor einen ihrer Söhne, der von der Armee entführt wird und flüchtet 1980 nach der Ermordung von Erzbischof Romero nach Costa Rica. Kaum in Longo maï angekommen, setzt sie ihre organisatorischen Fähigkeiten in der entstehenden Dorfgemeinschaft fort, gründet eine Frauengruppe, richtet eine Nähstube ein und setzt sich für die Errichtung eines eigenen Friedhofs in Longo maï ein. Maria Zoila Ortega ist heute 75 Jahre alt, Mutter von 9 Kindern und hat 23 Enkel und einen Urenkel. Ebenso erhielten der Botschafter von San Salvador, Sebastian Vaquerano und Rodrigo Alberto Carazo eine Urkunde als symbolischen Dank für die solidarische Begleitung von Longo maï.

Im zweiten Teil der Veranstaltung, in dem es um die Zukunftsperspektiven der Kooperative ging, erläuterte Juri Spendingwimmer, Sprecher des Komitees »Rios Vivos«, den Stand der Kampagne gegen die geplanten Wasserkraftwerke, welche unsere schönen Flüsse auf der Finca auszutrocknen drohen. Mauricio Alvarez, Ökologe und Soziologe der Universidad de Costa Rica, der Longo maï und die vielen anderen von Wasserkraftwerken bedrohten Dörfer an der südlichen Cordillera-Bergkette berät, erklärte zum Abschluss die weitreichende Bedeutung des Widerstandes gegen diese Projekte, mit denen versucht wird, öffentliches Gemeingut wie Wasser zu privatisieren.

Zum Abschluss der Festlichkeiten gab es ein musikalisches Programm, präsentiert von der Gruppe »Guadalupe Urbina«, die berühmten »pupusas« (salvadoria-

nische Spezialitäten) und natürlich durfte der kräftige Sonador-Kaffee nicht fehlen. ●

Aus »Nachrichten aus Longo maï«, Nr. 115

weitere Informationen:

- ☞ www.sonador.info
- ☞ www.forumcivique.org/de/artikel/costa-rica-rios-vivos
- ☞ www.to-do-contest.org/preistraeger/finca_sonador01.html



Foto: Alexandra Ivanova

▲ Finca Sonador, Costa Rica, Übergabe der Urkunden: v. rechts nach links: Botschafter Sebastian Vaquerano, Maria Zoila Ortega, Zsuzsanne Pal, Ernesto Eugster, Guadalupe Urbina, Carlos Mora, Beltran Vega, Rosa Nery Rivera

LONGO MAÏ 40 JAHRE

25. OKTOBER BIS 15. NOVEMBER 2014
 BERLIN, FREIES MUSEUM
 BÜLOWSTRASSE 90
 AB 25.10.14 TÄGLICH
 VON 12 BIS 20 UHR
 WWW.PROLONGOMAÏ.CH

AUSSTELLUNG

DIE UTOPIE DER WIDERSPENSTIGEN

LONGO MAÏ

7 FRAGEN ZU ELTERN-KIND-BÜROS IN DEUTSCHLAND

» Mach« und Krach unter einem Dach

Selbständiges Arbeiten und Kinderbetreuung nach eigenen Ideen gestalten, das ist die Idee der Eltern-Kind-Büros. Während die Kids malen und toben, gehen die Eltern in einem ruhigen Raum ihrer Arbeit nach. CONTRASTE beantwortet sieben brennende Fragen zum Co-Working mit Kind.

VON JOHANNES DIETRICH,
REDAKTION BERLIN-BRANDENBURG

1. Was sind Eltern-Kind-Büros?

Eltern-Kind-Büros sind Co-Working-Arbeitsplätze für Eltern bzw. Bezugspersonen von Kindern. Die Büro-Nutzer_innen organisieren die Betreuung der Kinder im Alter von ca. 1-3 Jahren in unmittelbarer Nähe zum Arbeitsplatz, selbstorganisiertes Arbeiten und Kinderbetreuung werden also kombiniert.

2. Seit wann und wo gibt es sie?

2010 eröffnete in Leipzig die erste selbstorganisierte Initiative das "Rockzipfel"-Büro.

Neben diesem Büro gibt es weitere Einrichtungen in Berlin, Dresden, Hamburg, Hamburg-Volksdorf, Hannover, München und Potsdam.

3. Welche unterschiedlichen Formen gibt es?

Die Initiativen unterscheiden sich vor allem in der Art der Kinderbetreuung. Abhängig von den finanziellen Möglichkeiten kann eine Betreuungsperson bezahlt werden oder die Betreuung muss von den Eltern/Kind-Bezugspersonen selbst geleistet werden.

4. Wie wird das finanziert?

Üblicherweise fallen Kosten zwischen 150-200 Euro pro Monat und Arbeits-/Betreuungsplatz an. Dieses Geld wird von den Nutzer_innen aufgebracht. Teilweise haben die Initiativen Ticket-Systeme entwickelt, mit denen einzelne Leistungen und auch kurzzeitige Buchungen möglich sind. Durch Eigenleistungen (Putzen, Kochen, Kinderbetreuung) können die Nutzenden Geld einsparen.

5. Für welche Jobs ist dieses Prinzip geeignet?

Eltern-Kind-Büros sind, wie der Name schon verrät, auf Büroarbeit ausgerichtet. Grundsätzlich lässt sich das Prinzip aber auch auf praktische Tätigkeiten, wie zum Beispiel in Werkstätten, übertragen.

6. Was sagen die Nutzer_innen zu Eltern-Kind-Büros?

Durch diese Arbeitsform lassen sich Erwerbsarbeit und Familienleben miteinander vereinbaren, vor allem, wenn Küche und Esszimmer vorhanden sind. So kann beispielsweise die soziale Isolation von Eltern durchbrochen werden. Durch die Nähe zu den Kindern können außerdem deren Entwicklungsschritte besser miterlebt werden als bei Tages- oder Kindergarten-Betreuung.

7. Welche Probleme können auftauchen?

Wenn viele Nutzer_innen nur kurze Zeit im Büro mitmachen und sich damit Bedürfnisse in der Gruppe schnell ändern, kann es schwierig werden, sich als stärkende Gemeinschaft zu empfinden. Es ist deshalb auch nicht immer leicht, gemeinsam langfristige Perspektiven zu entwickeln. Zudem muss relativ viel Geld aufgebracht werden, um Miete, Betriebskosten und Kinderbetreuung zu bezahlen.

Info » Eltern-Kind-Büros«

In CONTRASTE beleuchten wir selbstorganisierte Co-Working-Initiativen, die nicht mit den Eltern-Kind-Einrichtungen in Unternehmen, Universitäten und der Bundeswehr zu verwechseln sind.

INTERVIEW MIT GRIT HÜBENER VOM ELTERN-KIND-BÜRO POTSDAM



So geht's - Kinder mit am Arbeitsplatz



▲ Grit Hübener mit Tochter im Eltern-Kind-Büro Potsdam

Foto: Privat

Grit Hübener (41) baute 2014 das Eltern-Kind-Büro in Potsdam mit auf. Sie möchte Eltern einen Raum bieten, in dem Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung selbstbestimmt und gemeinsam gestaltet werden können. Zu den Erfolgen und Hürden hat die CONTRASTE-Autorin Julia-Dietrich sie befragt.

Wie bist du dazu gekommen, das Eltern-Kind-Büro zu organisieren?

Grit: Ich bin Autorin, habe viele Schreibkurse am Meer gegeben und war dadurch oft innerhalb Deutschlands unterwegs. Vor zwei Jahren habe ich meine Tochter bekommen und bin alleinerziehend. Ich habe gemerkt, dass wenn ich Schreibferien am Meer anbiete und mein Kind krank wird, ich Stornogebühren zahlen muss und nichts verdiene. Das heißt, ich muss komplett umstrukturieren und mir hier in Potsdam Bedingungen schaffen, unter denen ich arbeiten und das Kind großziehen kann.

Wie sehen diese Bedingungen aus?

Wenn ich ein Schreibcoaching mache, brauche ich dafür ca. drei Stunden. Angenommen, mein Kind wäre in der Kita: Dann bleibt für's Coaching face to face eigentlich nur die Zeit von 9 bis 12 Uhr, danach essen die Leute Mittag. Ich brauche noch Zeit für Akquise – nachts kann ich ja schlecht jemanden anrufen. Und dann sind auch noch Einkauf und Haushalt zu erledigen - das kann ich als Alleinerziehende niemandem abgeben. Unabhängig davon, was ich von früher Fremdbetreuung halte, wäre sie nicht die Lösung meiner Probleme. Ich brauche ein Büro, ich brauche noch besser eine Dreiraumwohnung, damit ich trotzdem arbeiten kann, wenn die Tochter krank ist.

Kannst Du diese Bedingungen hier in Potsdam umsetzen?

Nein! Mittlerweile hab ich die Wohnungssuche hier aufgegeben, weil man mir keine vermietet. Ich bin allein und habe nicht die Bonität. Ich wollte aber auch nicht meine Kontakte hier wieder aufgeben und wieder von vorn irgendwo anders anfangen. Ich habe viele Mütter hier kennengelernt, die Trageberatung, Stillberatung und ähnliches machen oder Mütter, die durch ihr Muttersein auf Geschäftsideen gekommen

sind. Und so ist bei mir die Idee für ein Eltern-Kind-Büro gekommen, ich habe dann recherchiert und das Eltern-Kind-Büro in Leipzig gefunden.

Wie funktioniert das Eltern-Kind-Büro in Leipzig?

Auf den Internetseiten hab ich mich sehr wiedergefunden. Dieser Gedanke, dass es nicht nur eine Bürogemeinschaft ist, in der die Kinder nebenbei mitlaufen. Für mich ist es wichtig, gemeinschaftlich zu leben. Es braucht schließlich ein Dorf um ein Kind groß zu ziehen.

In Leipzig haben sie ein Abrisshaus und 20.000 Euro Fördermittel bekommen und damit eine 160 qm große Wohnung saniert. Da ist eine sehr relaxte Atmosphäre - sehr bedürfnisorientiert für Kinder. Wenn man ankommt, gibt es einen Aufenthaltsraum für die Eltern mit ihren Kindern. Dann sehen die Kinder gleich das Spielzimmer und können selbst dorthin gehen. Es wird gemeinsam gekocht und gegessen

Wie ging es dann hier in Potsdam los?

Ich hab gedacht du kannst jetzt jammern auf die Stadt, Gesellschaft und den Staat oder du änderst was. Jetzt bin ich 41 und in dem Alter, wo ich meine Ideale einfach lebe.

Ich war in einer Pikler-orientierten Krabbelgruppe und dort haben drei Mütter erzählt, dass sie ihr Kind selbst betreuen, aber auch noch was machen wollen. Ich hab gesagt, »da hab ich doch was in der Schublade«. Alle waren begeistert. Seit dieser Krabbelrunde im März treffen wir vier Mütter uns einmal die Woche. Am 1. Juli haben wir Rockzipfel Potsdam e.V. gegründet, die Gemeinnützigkeit ist inzwischen anerkannt. Jetzt sind wir auf der Suche nach eigenen Räumen.

Gibt es Schwierigkeiten bei der Umsetzung?

Wir hatten mittlerweile drei Termine bei der Gleichstellungsbeauftragten, bei der ganz viele Leute saßen, die finden das Konzept alle ganz toll, wollen es unterstützen, aber die Stadt hat die Räumlichkeiten nicht. Damit es sich jeder leisten kann, wollen wir die Höhe des Betreuungssatzes 150,- Euro für die Miete der Räume und Kinderbetreuung nicht überschreiten. Das lässt sich mit der Höhe der Potsdamer Mieten nicht vereinbaren und da sind wir wieder beim

Ausgangsproblem.

Toll ist, dass hier der Treffpunkt Freizeit mit Uwe Rühling etwas bewegen will. Er war spontan und dann haben wir diesen Raum hier bis Ende des Jahres zur Verfügung bekommen.

Wie funktioniert das mit der Kinderbetreuung?

Wir haben Julia als Praktikantin, die leider nur noch eine Woche hier ist. Der Betreuungsschlüssel ist 2 bis 3 Kinder pro Betreuungsperson. Die Aufsichtspflicht bleibt immer bei den Eltern. Betreuung heißt ein Auge auf die Kinder zu haben und es bei Bedarf den Eltern zu bringen. Um Trinken, Essen und Schlafen kümmern sich die Eltern.

Was sind eure nächsten Schritte?

Wir möchten fünf Räume haben - zwei kleine Büros, einen Schlafraum, ein Spielzimmer, einen kleinen Seminarraum bzw. Akquiseraum für Kundengespräche und eine Küche. Dafür sind wir mit der Stadt im Gespräch.

Es geht auf jeden Fall weiter. Wir haben eine Anzeige bei PotsKids geschaltet und innerhalb von zwei Wochen vier Anfragen auf Büroarbeitsplätze im Eltern-Kind-Büro bekommen. So können wir die sechs Arbeitsplätze hier besetzen.

Und abschließend - was ist deine Vision?

Ich wünsche mir, dass gesellschaftliche Strukturen sich für neue Denkmodelle öffnen, so dass Eltern und Kinder nicht mehr in ihren getrennten Erwachsenen- und Kinderwelten leben müssen. Eltern-Kind-Büros sollten in Deutschland irgendwann so selbstverständlich sein wie heute die Kitas. Meine Vision ist, aus dem Eltern-Kind-Büro ein Begegnungszentrum zu machen, in dem wir Themen wie Stillberatung, Mütter und Sexualität, Abstillen, Trennung von den Kindern, Verarbeitung der Geburt und weitere tabuisierte Themen aufgreifen. Auch für Väter.

Ich möchte die Fähigkeiten, die junge Mütter und Väter durch die Geburt ihres Kindes entwickeln, fördern. Bei vielen haben sich die Werte gewandelt, es hat sich das ganze Leben verändert, da können wir doch nicht nach einem Jahr Elternzeit zurück an den Arbeitsplatz gehen als wäre nichts gewesen! ●

ANZEIGEN

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

40 JAHRE BASISGEMEINDE WULFHAGENERHÜTTEN

Die Bergpredigt lebt

Hoch im deutschen Norden werken und wirken sie, die konsequenten Christ*innen der Basisgemeinde in Wulfhagenerhütten, zwischen Kiel und Eckernförde gelegen. Zur Zeit sind es 30 Erwachsene und 20 Kinder. Und in Berlin am Prenzlauer Berg gibt es seit Anfang der neunziger Jahre eine mit ihnen verbundene zweite Gruppe.

VON HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN ● Ihr Lebensprojekt: Gemäß der Bergpredigt Jesu sich als Gemeinde zusammenschließen, um einerseits Eigentum und Vermögen zu teilen, wie auch den Arbeitsertrag der gemeinsamen Ökonomie. Zum anderen sichtbar ein Beispiel zu sein für Solidarität und Menschenwürde, für Gleichheit und einfaches Leben.

Wieder urchristlich in Gütergemeinschaft leben zu wollen, war eine Konsequenz aus der Auseinandersetzung mit dem herrschenden Kapitalismus, wo Profitgier und Ellbogenmentalität die Gesellschaft prägen, wo Raubbau an der Natur an der Tagesordnung ist. Beginnend 1973 bildete sich aus Bibelkreisen die Basisgemeinde in Kornwestheim bei Stuttgart, initiiert von Gerhard Weber, der dafür seine evangelische Pfarrstelle aufgab. Man wohnte zunächst in Wohngemeinschaften und setzte sich für Immigrant*innen und Arbeitslose ein. Zehn Jahre später wurde die Vision Wirklichkeit. Ein Ort war gefunden, ein alter leicht maroder Gutshof wurde erstanden in besagtem Wulfhagenerhütten. Auch heute noch wirkt das Gelände verwunschen romantisch, inzwischen mit einer großen Holzwerkstatt und mehreren renovierten Wohnhäusern ausgestattet. In der Werkstatt werden inzwischen in großem Maßstab Holz-Bewegungsgeräte nach Hengstenberg/Pikler hergestellt. Nicht nur die Mitglieder der Gemeinde finden so ihr Einkommen, sondern inzwischen auch etliche Arbeiter*innen aus der Umgebung. Die Arbeitsplätze wurden, so weit möglich, den Menschen angepasst, so dass seit Jahren auch ein Mitglied mit geistiger Behinderung mitproduzieren kann. Die Saat ist aufgegangen, vorbei die langen Jahre des schwierigen Aufbaus eines ökonomischen Standbeins für die neuen Urchrist*innen. Das Prinzip ist gleich geblieben: Kein Privateigentum, keine Privateinkünfte, neue Mitglieder bringen ihr Vermögen oder auch ihre Schulden ein. Die Tür der Gemeinde ist für jeden Menschen guten Willens offen.

Anfang der neunziger Jahre, nach der Revolution in der DDR, wagte Gerhard Weber einen nächsten großen



▲ 40 Jahre Basisgemeinde Wulfhagenerhütten: Tanz im Festsaal des ehemaligen Gutshofes

Foto: Basisgemeinde Wulfhagenerhütten

Schritt: eine weitere Basisgemeinde in Ostberlin am Prenzlauer Berg aufzubauen und sich gleichzeitig vor Ort einzumischen, dass Wohnraum dort bezahlbar bleiben kann. Gestartet in einem besetzten Haus als Kiez-Treffpunkt hat die Gemeinde nun selbst Wohnraum und betreibt einen öffentlichen Kindertagesstätte. Überhaupt, sich einzumischen, wo Unrecht und ökologische Gefahren drohen, ist den Basischrist*innen wichtig. So beteiligen sie sich beharrlich, seit 28 Jahren schon, an der monatlichen Mahnwache am AKW Brokdorf.

Der charismatische Mitgründer der Basisgemeinde konnte all dies nicht mehr erleben. Gerhard Weber

starb im Jahre 1994 im Alter von 56 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit. Seine Frau Lore, jetzt 77 Jahre alt, ist weiterhin in Wulfhagenerhütten aktiv. Sie meinte beim Pressegespräch - anlässlich der Jubiläumsfeier Anfang Mai dieses Jahres - auf die Frage, wie es komme, dass bei der Betonung der christlichen Wurzeln auch Vertreter der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM) wie der linksangesiedelten CONTRASTE am Tisch saßen: »Offen heißt, dass sich alle wertschätzen und einig sind: Jeder soll nach seinen Fähigkeiten arbeiten, den gleichen Lohn bekommen, alles teilen. Geschähe das weltweit, hätten wir den Himmel auf Erden.« Clemens

Kremer, seit 1983 bei der Gemeinde dabei, weiter dazu: »Wir haben 100 Gäste, darunter aus Basisgemeinden El Salvadors, es ist egal, wo kulturelle oder religiöse Wurzeln liegen. Wir wollen alle weg von der Ausbeutung.«

Offen sein, nachhaltig leben, menschenwürdig arbeiten, miteinander teilen, achtsamer Umgang, inkludierend lebend, all dies nicht nur zu postulieren, sondern authentisch zu leben, macht die Basisgemeinden zu wichtigen Friedensprojekten. Wobei es ebenso gilt, Erbarmen mit den eigenen Fehlern und Unzulänglichkeiten zu lernen. Die Bergpredigt Jesu zeigt sich nach 2.000 Jahren immer noch, oder wieder, quicklebendig. ●

AGBeratung - ...auf das Kleingedruckte kommt es an

Zufrieden unzufrieden?

...das ist doch der totale Widerspruch und in Gruppen überhaupt nicht möglich..., werden sicher viele denken. Jedenfalls diejenigen, die durch die Überschrift neugierig geworden sind. In dieser Kolumne versuchen wir nun seit über einem Jahr regelmäßig aus unserer Rolle als externe Berater_innen und Begleiter_innen Einblick in Dynamiken und Abläufe in Gemeinschaften zu geben, wie sie uns wiederkehrend und erstaunlich hartnäckig begegnen. Und die relative Zufriedenheit mit der Unzufriedenheit gehört unbedingt dazu.

Arbeitsüberlastung, suboptimale Arbeitsorganisation, Missverständnisse, verwaschene Entscheidungen, informelle Hierarchien, Zieldifferenzen oder Mangel an Flexibilität; die Liste der Gründe für eine Veränderung ist genauso lang wie in vielen Projekten geläufig. Diese Problemzonen sind entsprechend häufig auch der Anlass für eine Beratung, um sich nicht gefühlt ratlos weiter im eigenen Kreise zu drehen.

Jede/r Außenstehende/r beginnt natürlich mit einer Auflistung der benannten Schwierigkeiten, einer Analyse der Gründe, die Erhebung vorhandener Lösungsideen, die bisherigen vergeblichen Versuche der Gruppe, usw... Und irgendwann kommt der Punkt, da wollen und müssen wir Berater_innen unserer Rolle und den Erwartungen aktiv gerecht werden, denn dafür wurden wir engagiert und schließlich auch bezahlt... jedenfalls meistens. Also greifen wir in unseren Bauchladen, der

mehr oder weniger gut mit Methoden, Wissen, Erfahrung und Empathie gefüllt ist. Hintergründe und Bedingungsbeziehungen werden erhellt, Strukturen beleuchtet und schlussendlich bringen wir unsere eigenen Vorschläge ein, wie die Gruppe zukünftig effektiver, konstruktiver, zielgerichteter und erfreulicher agieren, sprich auf Erfolgskurs einschwenken könnte. So wird es erwartet, weil dringend erhofft.

Nicht immer, doch wiederkehrend wird dadurch ein paradoxes Rollenspiel eingeläutet. Aus der Gruppe kommen Zweifel an der Wirksamkeit der vorgebrachten Lösungen, welche zunächst meist gut begründet ausgeräumt werden. Allerdings nur, um neuen Bedenken Platz zu machen, die schon ausführlichere Erläuterungen durch die Beratungsperson nach sich ziehen. Spätestens jetzt folgen die standardisierten Einwände, »das haben wir schon probiert«, »das bringt doch nicht die Lösung«, »darauf einigen wir uns nie« u.ä., während die externe Beratung sich nun ausgiebig, detailliert und werbend abstrampelt und langsam voll in die Offensive geht, dabei noch immer neue Ideen aus dem Hut zaubert. Ohne Erfolg! Diese nach oben offene Konkurrenzspirale zwischen genialen Ideen und konsequenter Verneinung kann kein konstruktives Ende nehmen. Mal abgesehen davon, dass so eine der klassischen Berater_innen-Fallen aussieht, warum verweigert sich eine Gruppe empathisch aller Lösungsansätze, wenn

es doch so viele Probleme gibt? Die Antwort ist ganz einfach: die Gruppe darf das! Wer will ihr den Weg und den Zeitpunkt für Veränderungen vorschreiben? Welche zusätzlichen Probleme werden durch die möglichen Veränderungen erst geschaffen? Doch es gibt noch eine zweite einfache Antwort: es sind schlicht die »falschen« Lösungen für die »richtigen« Probleme. Die Beratung hat sich deshalb nicht gelohnt, der/die Expert_in hat die eigentlichen Schwierigkeiten einfach nicht richtig verstanden und/oder ist nicht besonders fähig. Diese Schuldzuschreibung wird in einem aktuellen Fall dadurch bekräftigt, dass ein Projekt das ausgemachte Honorar nicht zahlt: hat ja nüscht gebracht!

Und es gibt mindestens noch eine dritte Antwort, die sehr verbreitet (un-)heimlich hinter den Rücken der Beteiligten Regie führt: ich behalte lieber meine vertrauten Probleme und tausche sie nicht gegen ungewisse Neuerungen und Veränderungen! Mögliche zukünftige individuelle Einschränkungen drohen mehr als die aktuellen Schwierigkeiten zu pieken. So kann jede Gruppe ihr Recht auf Unzufriedenheit wahrnehmen, wenn sie damit zufrieden ist. Und nicht wenige Gruppen kommen damit jahrelang irgendwie zurecht. Und niemand kann daran etwas ändern? Doch, es bleibt natürlich nicht auf Dauer so, doch das ist der Stoff für einen anderen Tag...

Willi Schwarz

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

ANZEIGEN

grünes blatt
Zeitschrift für Umweltschutz von unten

Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abos 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probexemplar

graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft - seit 1972 -

GWR 393, Nov.: Massenmord. Oder: das Recht auf Bewegungsfreiheit; Schwerpunkt 1: Anarchie; Utopie gemeinsam solidarisch leben; Schwerpunkt 2: Gewaltfrei rebellieren; Nachrufe auf Oz, Bernd Kramer & Mani Stenner,...

Probeheft kostenlos; Abo: 30 Euro (10 Ex.)
Bestellformular & Infos:
www.graswurzel.net/service/

Am besetzten Haus in Greifswald, Oktober 2014

POLITISCH FEIERN IN HAMBURGS STERNENSCHANZE

Soli-Bingo und Massenkaraoke

Am 28. September besuchten 8.000 Hamburgerinnen das Schanzenfest. Gefeierte wurde wie seit 25 Jahren – ebenso lang wie die Rote Flora besetzt ist.

VON GASTON KIRSCHKE, HAMBURG ● In den letzten Jahrzehnten wirkte es wie ein Straßenfest des besetzten sozialen Zentrums Rote Flora – mit reger Beteiligung aus dem Stadtteil, in dem die Linke in einigen Wahllokalen bei Abstimmungen die meist gewählte Partei ist, in anderen sind es die Grünen. Anwohnende aus der autonomen Szene beteiligten sich ebenso wie Andere gerne daran, das Fest am laufen zu halten. Die Hauptbühne des traditionell nicht angemeldeten, aber meist von der Stadt geduldeten Schanzenfests, wo sich ebenso traditionell Redebeiträge und Bandauftritte in dissidentem Auftreten einen kreativen Wettstreit liefern, stand meist auf dem Schulterblatt. Auf der früheren zentralen Einkaufsstraße des ehemaligen Arbeiterviertels ist etwas Platz, und aus der anliegenden Roten Flora kam der Strom. Im Herbst 1989 fand das Fest das erste Mal statt, initiiert von Aktiven aus der Roten Flora. Der Stadtteil war damals wie heute ein umkämpfter Raum. Viele linke Studierende wohnten hier, Arbeiterfamilien mit oder ohne deutschen Pass. Plakate zahlreicher radikaler linker Gruppierungen klebten auf allen möglichen Flächen, Eckkneipen reihten sich an Teestuben türkischer Arbeitervereine und Geschäfte des täglichen Bedarfs, Hamburgs radikale Linke kehrte hier nach Demonstrationen gerne in die griechischen und türkischen Restaurants ein.

Das Schanzenfest blieb von Gentrifizierung nicht verschont

Auf dem Fest zeigte sich über die Jahre mehr und mehr die Verdrängung des Arbeitermilieus durch kaufkräftigere KreativbürgerInnen – die Gentrifizierung des durch die studentische Klientel mit einer vielfältigeren Infrastruktur an Kneipen bereits konsumorientierteren Viertels: Wo Boutiquen zusehends den kleinen Einzelhandel aus den Ladengeschäften rausgekauft haben, wo sich eine angesagte Ausgehlocation an die nächste reiht, da verdrängen Bier- und Cocktailstände zusehends die Flohmarktdecken der ärmeren AnwohnerInnen: »Die Gentrifizierung des Schanzenviertels mit dem Austausch der AnwohnerInnenschaft und der Läden ist am Fest nicht spurlos vorbeigegangen und wird seit Jahren als zunehmende Kommerzialisierung und Entpolitisierung kritisiert«, so Florentina Strada, wie sie genannt werden will, von der Vorbereitungsgruppe des diesjährigen Schanzenfests gegenüber dem Autor. Strada betont aber auch: »Allerdings war man hier mit dem Schanzenfest 2012 durchaus auch wieder einen Schritt in die richtige Richtung gegangen.« Im August 2012 war das Fest der Solidarität mit dem Widerstand in Griechenland gegen den Sozialabbau und das Sparprogramme der Troika aus EU, IWF und Deutschland gewidmet. Es gab zahlreiche Stände und Beiträge zum Widerstand in Griechenland.

Erlebnisorientiertes Publikum, auch Nazis brachten das Schanzenfest ins Wanken

Das Fest wurde allerdings wie in den Jahren zuvor je später der Abend wurde, mehr und mehr von dem erlebnisorientierten Publikum der Bars und Lounges eingenommen. Immer wieder wurden Schaufenster



Foto: Kai Böhne

eingeworfen, Feuer entzündet, kleine Barrikaden aus Müll aufgeschichtet, ohne dass ein Anlass oder einer Forderung erkennbar gewesen wären. 2012 machten sich offensichtlich »autonome NationalistInnen«, militante Neonazis in Autonomen-Outfit diese Unübersichtlichkeit zu nutzen: Ein Baum direkt vor der Roten Flora wurde angezündet, als das Feuer von Aktiven aus der Roten Flora mit Feuerlöschern erstickt wurde, wurden zwei AktivistInnen der Roten Flora mit Messerstichen verletzt, einer der beiden schwer von hinten im Rücken. Als die Neonazis gestoppt wurden, riefen sie »Ihr Scheiß-Kanaken« und schlugen mit einer Eisenstange zu. Es war ein Schock, Angriffe hatte es bis dahin nur von uniformierter Polizei gegeben. Es folgte eine längere Debatte, das Schanzenfest fiel 2013 erstmals aus. »Nach den Vorfällen auf dem Schanzenfest 2012 gab es über Monate hinweg intensive Diskussionen innerhalb der linken Szene über den Sinn, Anspruch und Wirklichkeit sowie Ablauf des Schanzenfests«, so Florentina Strada: »Hier standen nicht nur die Messerangriffe nach dem letzten Schanzenfest sowie immer mehr unreflektierte Macker militanz im Allgemeinen im Vordergrund.« Das Schanzenfest soll nicht zu einem unpolitischen, Herrschaftsverhältnisse reproduzierenden Konsum-Event werden. Jetzt fand es besser vorbereitet wieder statt – in klarer Abgrenzung von nächtlichen Besäufnissen, vor allem räumlich.

Denn direkt gegenüber der Roten Flora wurde zur Aufwühlung des Stadtteils von städtischer Seite eine »Piazza« angelegt. Eine für Stadtplanung typische, irreführende Bezeichnung: Dort findet sich keineswegs ein zur konsumfreien Begegnung einladender öffentlicher Platz zum Flanieren und Treffen, wie der italienische Name nahelegt, sondern das zentrale Areal des Stadtteils, unter genervten Anwohnenden auch »Ballermannzone« genannt, ist weitgehend aufgeteilt unter

diversen Bars und Gaststätten. Vor der bunt-chaotischen Kulisse der Roten Flora, die mit der Straße dazwischen aus der Distanz gerne als Eventkulisse wahrgenommen wird, trifft sich am Schulterblatt die »offene Koffein- und Alkoholszene«, wie das zahlreiche Publikum unter linken AktivistInnen gelegentlich genannt wird – im Bewusstsein darüber, dass die vor Jahren hier ansässige »offene Drogenszene« vertrieben wurde: Heroinabhängige und als »Dealer« stigmatisierte Flüchtlinge aus Afrika. Polizisten kontrollierten alle Schwarzen, die im Schanzenviertel auf der Straße unterwegs waren. »In der Hauptkonsum- und Castingmeile Schulterblatt und Susannenstraße gibt es dieses Jahr kein Schanzenfest, sondern es verlagert sich«, so Florentina Strada einige Tage vor dem Fest: »Hierdurch soll vor allem die Dominanz der Getränkestände der Kneipen und Bars zurückgedrängt werden zugunsten von unkommerziellen Ständen von AnwohnerInnen, politischen und Flüchtlingsgruppen.« Der Plan ging gut auf.

Altes, neues Schanzenfest

Das Straßenfest verlagerte sich von der Roten Flora weg in Richtung Refugee Welcome Center, einer seit dem 1. Mai besetzten ehemaligen Schule in der Laeiszstraße. Das Fest fand in diesem Jahr sonntags statt, um das Grundgefühl von der ganz großen Party bis zum Abwinken weg auf politische Inhalte zu lenken. Nach den Aktionen der über die Mittelmeerinsel Lampedusa unter Lebensgefahr nach Hamburg gekommenen Flüchtlinge der Lampedusa-Gruppe und ihrer UnterstützerInnen für ein Bleiberecht als Gruppe im Herbst 2013 wurde klar, dass der Senat trotz allem von seiner harten Haltung gegen Lampedusa nicht abrückt. »In dieser Lage schien es eine gute Idee, das Schanzenfest, das in den lokalen Medien starke Aufmerksamkeit

genießt, für den Kampf von Flüchtlingen in Hamburg und anderswo in die Waagschale zu schmeißen« so Strada – um Öffentlichkeit zu schaffen. Dem Fest wurde so ein Rahmen gegeben, der durch selbstorganisierte Aktivitäten gefüllt wurde. In dem losen Zusammenhang, der alles vorbereitete, »sind traditionell auch VertreterInnen des Flora-Plenums und der Kampagne »Flora bleibt unverträglich!« dabei«, so Strada: »Nicht mehr, aber auch nicht weniger.«

Auch in diesem Jahr gab es eine Bühne mit Musikprogramm und Redebeiträgen, einen AnwohnerInnen-Flohmarkt, Essens-, Getränke- und Politstände. Im Bereich um das Centro Sociale in der Sternstraße und in der Ludwigstraße gab es viele Infostände von Flüchtlings- und politischen Gruppen, etwa zur Solidarität mit den von den Terroristen des IS attackierten kurdischen Kämpfern in Kobani. Viele Einrichtungen, und Organisationen der radikalen Linken zeigten Präsenz – vom autonomen Infoladen Schwarzmarkt bis hin zur antideutschen Hamburger Studienbibliothek. Auch Kollektivbetriebe wie Café Libertad waren mit Ständen vertreten. Wie 2012 gab es wieder einen Schanzenfestsalon, in dem inhaltliche Diskussionen in einer Art Talkshow stattfanden. Dieses Jahr geht es dort um die Situation von Flüchtlingen in Europa. Das Festprogramm war bunt und vielfältig: Soundsysteme, eine Theatervorführung, Soli-Bingo, Massenkaraoke, ein Kinderfest, der FC Lampedusa spielte Fußball. Den auf dem Heiligengeistfeld in Bereitschaft stehenden Hundertschaften der Polizei wurde kein Anlass zum Eingreifen gegeben, es gab weniger Schlägereien als bei einem kommerziellen Straßenfest dieser Größe. Das Schanzenfest bot vielfältige Gelegenheiten, um mit den Lampedusa-Flüchtlingen, antirassistischen Gruppen oder der radikalen linken Szene Hamburgs ins Gespräch zu kommen. ●

NAMENSÄNDERUNG BEI FAIRNOPOLY

Gehe nicht über los! – Benenne dich um in Fairmondo

Seit Freitag dem 10. Oktober ist es amtlich: Fairnopoly wurde in Fairmondo umbenannt. Eine Mehrheit von 85 Prozent der Generalversammlung von Fairnopoly e.G. entschied sich für die Namensänderung.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION HANNOVER ● Die Namensänderung war nicht ganz freiwillig. Der US-amerikanische Spielehersteller Hasbro hatte postalisch mitgeteilt, dass Fairnopoly seinen Namen ändern solle, ansonsten gäbe es eine Abmahnung. Nach allgemein guten Gesprächen zwischen Hasbro Deutschland und Fairnopoly beschlossen die InitiatorInnen die Änderung.

Eine Namensänderung in der Gründungsphase ist nicht einfach. Ist ein Name etabliert, erkennen auch seltene Kunden und SympatisantInnen das Unternehmen wieder. Insbesondere bei einem solch eingängigen Namen wie Fairnopoly. Jede und jeder kennt das Brettspiel Monopoly. Jeder weiß, dass es darum geht, zu kaufen und zu verkaufen. Beim Spiel ist der Immobili-

ehandel zentral: von der Badstraße bis hin zur Schlossallee. Bei Fairnopoly, nun Fairmondo, kann auch gekauft und verkauft werden, aber keine Immobilien.

Nachdem der Brief von Hasbro – mit der Bitte um Namensänderung – der Fairnopoly-Genossenschaft ins Haus geflattert war, kam die Genossenschaft der Bitte nach, bevor es zu einer Abmahnung kommen konnte. Die Gründe dafür liegen für Ulrike Pehlgrimm Presseverantwortliche bei Fairmondo klar auf der Hand: »Wir wollen uns nicht über die Abgrenzung von dem, wofür

der Begriff Monopoly steht definieren.«

Der neue Name Fairmondo soll für sich stehen können und die sozialen Ansprüche des Unternehmens ankündigen. Der Vorstand wird von den MitarbeiterInnen gewählt und abgesetzt. Auch Transparenz wird groß geschrieben. Das Geschäftskonto wird online geführt und ist somit öffentlich einsehbar. Es ist sogar mit einer Kommentarfunktion versehen, so dass Anmerkungen und Fragen unmittelbar geäußert werden können.

Das Kerngeschäft bleibt der Handel. Produkte aus

biologischem Anbau und fairem Handel werden besonders gekennzeichnet. Es können aber auch alle anderen Produkte gehandelt werden. Doch auch Fairmondo e.G. hat mit seinen demokratischen und transparenten Strukturen Grenzen: Ein Bereich, der von sozialer Gerechtigkeit ausgeklammert bleibt, ist der Transport der Waren. Ulrike Pehlgrimm bestätigt das: »Wir versenden gar nichts. Wir sprechen lediglich Empfehlungen aus, darüber wer von den Transportunternehmen aktuell am sozialsten und umweltverträglichsten ist. Ein eigener Fairmondo Transportdienst ist derzeit nicht geplant.« Bisher hat Fairmondo eine Erfolgsgeschichte hingelegt. Mit drei Crowdfundingaktionen konnten die InitiatorInnen genug Startkapital zusammenbekommen, um weiter durchzustarten. Das Kernteam besteht mittlerweile aus 17 MitarbeiterInnen. Etwa 1800 GenossInnen gehören auch dazu. Darüber hinaus gibt es ehrenamtliche Botschafter, die die Idee von Fairmondo weiter verbreiten und das Projekt der Genossenschaft und Handelsplattform vorstellen. ●

 fairmondo
Gutes einfach entdecken

SELBSTHILFE: POTENTIALE, VEREINNAHMUNG UND ENTPOLITISIERUNG

In eigener Sache gegen sexuelle Gewalt

Wir – eine Gruppe Betroffener von sexualisierter Gewalt in der Kindheit – haben uns nach dem Kongress »Perspektiven Selbsthilfe« im November 2012 gegründet. Wir sind unabhängig und selbstorganisiert. Unser Ziel ist es, eine politische Auseinandersetzung mit dem Thema zu fördern sowie den gängigen Darstellungen in den Medien und auf Veranstaltungen etwas entgegen zu setzen. Im März 2014 haben wir dazu einen Workshop mit dem Titel »Tun wir uns zusammen: gegen sexuelle Gewalt« veranstaltet und mit anderen Betroffenen über gesellschaftliche Ursachen und Folgen sowie politische Strategien und Auswege diskutiert. An verschiedenen Thematischen haben wir mit unterschiedlichen Fragestellungen erarbeitet, wie sowohl Ursachen als auch Folgen von sexueller Gewalt an Mädchen* und Jungen* individualisiert und somit entpolitisiert werden. Vereinfachung, Pathologisierung und Individualisierung verhindern eine Diskussion über gesellschaftliche Strukturen, die sexualisierte Gewalt ermöglichen und fortführen. In unseren Diskussionen waren auch die Möglichkeiten und Grenzen von Selbsthilfe ein wichtiges Thema.

Unser Verständnis von Selbsthilfe:

Selbsthilfe bedeutet für uns, gewaltverursachende Strukturen aufzudecken und perspektivisch zu überwinden. Selbsthilfearbeit als selbstbestimmte Möglichkeit, erlebte Gewalt zu bearbeiten, besitzt in unseren Augen ein großes gesellschaftskritisches Potential. In einer Gruppe von Menschen, die auf Augenhöhe miteinander sprechen, Redemacht egalitär verteilen und Deutungshoheit durch Selbstbeschreibung erfahrbar machen, können Hierarchien transparent gemacht und kritisiert werden. Jede Person kann in diesem Rahmen ihre eigenen Definitionen finden: für das, was ihr angetan wurde, und für die Folgen der Gewalt im aktuellen Leben. Es öffnet sich ein (Arbeits-)Raum für neue Erfahrungsmöglichkeiten miteinander. Die jeder*in zugestandene Fähigkeit, selbstverantwortlich zu sprechen, zu denken und zu handeln,

bedeutet eine unmittelbare Erfahrbarkeit von gegenseitigem Respekt und Selbstermächtigung. Gesellschaftliche Machtverhältnisse und gewaltverursachende Strukturen können aufgedeckt und in Frage gestellt werden. So kann ein anderer, selbstbestimmter und egalitärer Umgang miteinander erlebt und erlernt werden. Diese emanzipativ und gesellschaftskritisch angelegte Definition von Selbsthilfe wieder in das Bewusstsein zu holen, ist dringend nötig, denn in den letzten Jahrzehnten wurde das Verständnis von Selbsthilfearbeit zunehmend entpolitisiert.

Entpolitisierung von Selbsthilfearbeit durch Pathologisierung von Betroffenen:

Der Ansatz wurde von einem Gesundheitssystem vereinnahmt, das mehrheitlich an Verhaltensnormierung und der Verteidigung des Status-Quo als wünschenswertem Gesellschaftszustand interessiert ist. Durch eine Neubesetzung des Konzepts wurde es möglich, Selbsthilfegruppen als kostengünstige Therapie(ersatz/ergänzungs)möglichkeit einer marktorientierten Logik einzuverleiben. Dabei wurde der ursprüngliche Ansatz gleichberechtigter Selbstorganisation teilweise auch durch angeleitete Gruppen ersetzt. Gewaltursachen und Gewaltfolgen werden dekontextualisiert und innerhalb eines von verdeckten und offenen Hierarchien durchzogenen Systems vermeintlich bearbeitet, anstelle eben dieses gesellschaftskritisch in Frage zu stellen. So gibt es heute zwar eine Anerkennung von Gewaltfolgen. Diese setzt allerdings eine (Selbst-)Pathologisierung von Gewaltbetroffenen voraus, z.B. durch die Diagnose »Posttraumatische Belastungsstörung«. Es geht dann nicht mehr um die erlebte Gewalt, sondern um Symptome, um auftretende »Störungen«. Die betroffene Person wird als krank definiert und muss sich selbst auch einer Diagnose unterordnen. Als Lösung wird dann eine Verarbeitung unter der Kontrolle von »Expert*innen« angeboten. Als Expert*innen gelten nicht etwa die Betroffenen selbst, sondern Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen. Gewaltbetrof-

fenen wird so die Fähigkeit abgesprochen, eigenständig und außerhalb einer hierarchischen therapeutischen Beziehung mit der erlebten Gewalt umzugehen, Ursachen zu erkennen und Auswege zu entwickeln. Statt gesellschaftliche Macht- und Gewaltstrukturen als Ursache von Gewalt zu benennen und abzubauen, werden die Folgen der Gewalt individualisiert, kapitalistisch verwertbar und gesellschaftstragend gemacht: Der Markt für Traumabehandlung und -forschung boomt, wobei effizienzorientierten Kurzzeitbehandlungen und den dazugehörigen Erklärungsmodellen Priorität eingeräumt wird. Diese Entwicklung entspricht den Interessen von Pharmaindustrie und Neuromediziner*innen und wird dementsprechend gefördert. Viele ursprünglich autonom und gesellschaftskritisch arbeitende Projekte haben dem Entpolitisierungsdruck nachgegeben. Auch in der öffentlichen Debatte sind fast ausschließlich die Sichtweisen präsent, die Macht- und Gewaltstrukturen nicht in Frage stellen. Das Unsichtbarmachen und die fachliche Abwertung von gesellschaftskritisch widerständig denkenden und handelnden Betroffenen im öffentlichen Diskurs ist kein Zufall. Es entspricht den Interessen diverser Akteur*innen (von konservativen Eliten bis zu machtkritischen Liberalen), denen durch eine Darstellung von sexueller Gewalt als gesellschaftlich-strukturelles Problem und ein Vorgehen gegen diese patriarchalen Strukturen ein Machtverlust drohen würde.

Fazit:

Deshalb ist es uns als Gruppe wichtig, der Entpolitisierung von Selbsthilfearbeit entgegenzuwirken und selbstbestimmte Frei- und Arbeitsräume zu verteidigen und lebendig zu halten. Dazu gehört auch, dass Betroffene, die sich den gängigen stigmatisierenden Opferbildern verweigern und mit einem kritischen Verständnis Selbsthilfearbeit machen, hör- und sichtbar werden und so auch anderen Gewaltbetroffenen Mut genau dazu machen. Tun wir uns in diesem Sinne zusammen: gegen sexualisierte Gewalt! ●

ANZEIGEN

"Alles was zählt..."
Nicht nur an Weihnachten



SPENDET
für inhaftierte Genossinnen und Genossen!

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39 BIC: NOLADE21G0E
Kontonummer: 56036239 BLZ: 260 500 01 Sparkasse Göttingen
Verwendungszweck: Weihnachtshilfe

SOLIDARITÄT
www.rote-hilfe.de

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 10/14 u.a.:

- Anton Kobel: »Karstadt, Tengelmann, Amazon & Co. – Im- und Expressionen aus dem EZ«
- »Verkehrte Verhältnisse« – Interview mit Kirsten Huckenbeck über die Arbeit der Anlaufstelle MigrAr
- »Fremdschämen am Einheitstag« – Protest gegen den polizeilichen Rauswurf von Flüchtlingen beim DGB Berlin-Brandenburg
- Willi Hajek: »Fralib: Sieg der Teefelanten« – über den Erfolg der BetriebsbesetzerInnen in Marseille
- Errol Babacan und Murat Çakır: »Waffen für Demokratie« – Über die internationale Solidarität mit dem kurdischen Rojava
- »Go West« – Interview mit Kris Müller über eine Delegationsreise nach Kurdistan
- Pit Wührer: »Jetzt hungern die Leute wieder – wie damals« – über 30 Jahre Bergarbeiterstreik in Großbritannien

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. V.a.)

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen in Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Rainer Butenschön. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

RECHTSTICKER, DIEMAL ZUM »VERSAMMLUNGSRECHT«

Grundrechte stehen über dem Polizeirecht

Wer öfter auf politischen Kundgebungen mitmacht und dort nicht nur auf seine identitäre Kleingruppe achtet, wird es schon erlebt haben: Polizei filmt, prüft Personalien und Taschen, Polizei verhaftet Demoteilnehmer_innen oder spricht Platzverweise aus. Doch das alles ist (meist) illegal, denn das Polizeirecht, nach dem die Uniformierten vorgehen, gilt für Versammlungen gar nicht. Gegen Kundgebungen oder Teilnehmer_innen (auch auf deren Weg zur Demo und wieder zurück) kann nur nach Versammlungsrecht oder anderen, gleichrangigen Spezialgesetzen (z.B. Strafrecht) vorgegangen werden. Polizeirecht, Ordnungsrecht, Straßenverkehrsordnung usw. – alles das muss hinten anstehen. Dass sich Uniformierte daran in der Regel nicht halten, ist bekannt, aber schlicht Rechtsbruch in Tradition. Nun haben mehrere Urteile die Lesart, dass Versammlungen polizeirechtsstabil sind, gestärkt. Sie mussten aber erst aufwändig erstritten werden und können den rechtswidrigen Eingriff auch nicht ungeschehen machen. Das wusste und weiß auch die Polizei ...

Fall 1: Stuttgarter Landrecht vor dem Aus?

Bislang haben sich Stuttgarter Polizei und Strafgerichte um das Versammlungsrecht wenig bis nicht gekümmert. Das könnte jetzt anders werden, denn das Verwaltungsgericht hat klargestellt, dass bei politischen Aktionen sehr wohl darauf zu achten ist. Was eigentlich eine Binsenweisheit ist, konnten Uniform- und Robenträger_innen kürzlich sogar beim Frühstück in der Stuttgarter Zeitung lesen: www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.s21-blockadefruehstueck-platzverweise-waren-rechtswidrig.8c2d279b-09a3-4862-b8b7-d4d45ef40cf5.html.

Fall 2: Verhaftung vor BioTechFarm war rechtswidrig

Klare Kante beim Oberverwaltungsgericht in Magde-

burg am 14.5.2014: Es hob ein erstinstanzliches Urteil auf und erklärte eine Verhaftung für illegal, die seitens der Polizei bei einer Demonstration gegen das InnoPlanta-Forum 2010 (bundesweites Treffen der Gentechniklobby in Üplingen/Börde) durchgeführt wurde. Erstens hätte es keinen ausreichenden Grund gegeben und zweitens wäre der Demonstrant nicht vorher aus der Versammlung ausgeschlossen worden. Das Urteil ist nicht nur peinlich für die Polizei, sondern vor allem für das Verwaltungsgericht, also die erste Instanz. Das hatte nämlich verkündet, dass sich die Polizei in Sachsen-Anhalt nicht an das Grundrecht der Versammlung halten bräuchte, weil polizeirechtliche Regelungen davon nicht betroffen wären. Eine Beweiserhebung während der ersten Instanz war verweigert und ein Befangenheitsantrag diesbezüglich abgelehnt worden. Wie nun auch formal geklärt ist, war das alles Justizwillkür (Az. 3 L 636/12)

Auch organisatorische Durchsagen stehen unter dem Schutz des Versammlungsrechts

Eigentlich hätte es der gesunde Menschenverstand schon nahelegen müssen, aber Verfolgungsbehörden in Dunkelblau handeln oft im eigenen Phantasierich des Rechts. Sie reagieren höchstens auf Klarstellung von oben. Die kam jetzt aus Karlsruhe: Auf einer Versammlung per Lautsprecher durchsagen »Bullen raus aus der Versammlung!« ist, wie das Bundesverfassungsgericht am 26.7.2014 entschied, kein Verstoß gegen Versammlungsaufgaben. Denn: »In ihrer idealtypischen Ausformung sind Demonstrationen die körperliche Sichtbarmachung von gemeinsamen Überzeugungen. Wer an einer solchen Versammlung teilnimmt, ist grundsätzlich auch dazu berechtigt, während der Versammlung dafür einzutreten, dass nur die das Anliegen der Versammlung unterstützenden Personen an ihr teilnehmen und Polizisten sich außerhalb des Aufzugs bewegen.« Mehr: www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-070.html.

Friedhöfe sind keine demofreie Zone

Am Rande einer Gedenkveranstaltung auf einem Friedhof mit einem Transparent zu protestieren (hier: Gegen das Gedenken zur Bombardierung Dresdens), ist vom Versammlungsrecht gedeckt. Zitat aus einer Pressemitteilung des Verfassungsgerichts (bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-069.html): »Eine Versammlung ist eine örtliche Zusammenkunft mehrerer Personen zur gemeinschaftlichen, auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung und umfasst auch provokative Äußerungen. Die Versammlungsfreiheit verschafft damit allerdings kein Zutrittsrecht zu beliebigen Orten; sie verbürgt die Durchführungen von Versammlungen dort, wo ein kommunikativer Verkehr eröffnet ist. Der Schutz des Art. 8 GG besteht unabhängig davon, ob eine Versammlung anmeldepflichtig und dementsprechend angemeldet ist.« So ein Ort mit kommunikativen Verkehr kann auch ein Friedhof sein, wenn dort eine über rein privates Gedenken hinausgehende Veranstaltung stattfindet. Das Urteil mit dem Aktenzeichen 1 BvR 980/13 steht unter www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20140620_1bvr098013.html.

Art der Versammlung ist Sache der Demodurchführenden

Kletteraktivistin Cecile Lecomte erstritt vor dem Lüneburger Verwaltungsgericht ein Urteil, in dem gleich auf mehrfache Weise dem willkürlichen Handeln von Polizei eine Grenze gezogen wurde. Zitat zur Frage, was eine Versammlung ist: »Dem Versammlungsscharakter des Zusammentreffens steht nicht entgegen, dass das Erklettern von Bäumen und Anbringen gelber Kreuze in X-Form zum Zwecke der gemeinsamen Meinungskundgabe eine eher ungewöhnliche Form der Versammlung darstellt. Denn hinsichtlich der Art und Weise der Ausgestaltung der Versammlung besteht Typenfreiheit, die Versammlungsfreiheit umfasst als spezifisches Kommunikationsgrundrecht auch die

Befugnis zum Einsatz besonderer und ungewöhnlicher Ausdrucksmittel (...). Ebenfalls unschädlich ist, dass die Versammlung der zuständigen Behörde im Vorfeld nicht angezeigt wurde.«

Zudem machte das Gericht Ausführungen zum Verhältnis von Gefahrenlage und Grundrechtsschutz: »Entgegen der von der Beklagten in der mündlichen Verhandlung sinngemäß geäußerten Auffassung ist der Klägerin auch nicht etwa deshalb ein Berufen auf Art. 8 Abs. 1 GG und § 1 Abs. 1 NVersG verwehrt, weil die vor Ort handelnden Beamten das Zusammentreffen der Gruppe um die Klägerin nicht als Versammlung wahrgenommen hätten, es im Polizeirecht aber stets auf die ex-ante-Sicht des handelnden Beamten ankomme. Denn die ex-ante-Sicht des handelnden Beamten ist nicht für die Frage maßgeblich, welche Rechte einem Betroffenen zustehen; die Frage des Bestehens oder Nichtbestehens eines (Grund-)Rechtes richtet sich nach rein objektiven Gesichtspunkten. Von Bedeutung ist die ex-ante-Sicht des handelnden Beamten vielmehr bezüglich der Frage nach dem Vorliegen von ein hoheitliches Einschreiten erfordernden Gegebenheiten, dem Vorliegen einer Gefahr (vgl. hierzu etwa Denninger, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 5. Aufl. 2012, D, Rn. 47). Ob ein bestimmtes Verhalten in den Schutzbereich eines bestimmten Grundrechtes fällt, ist jedoch unabhängig davon zu beantworten, ob eine Gefahr gegeben ist; insbesondere steht das Vorliegen einer Gefahr nicht der Eröffnung des Schutzbereiches eines Grundrechtes entgegen. Besteht eine Gefahr, ist vielmehr zu prüfen, ob, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang deren Vorliegen einen Eingriff in den objektiv zu bestimmenden grundrechtlichen Schutzbereich zu rechtfertigen vermag.« Das gesamte Urteil ist auf der Seite <http://blog.eichhoernchen.fr/post/VG-bescheinigt-Polizei-zweifelhaft-Aussagen-und-Unkenntnis-Versammlungsgrundrecht-zu-finden>.

Jörg Bergstedt

GESELLSCHAFTLICHE REALITÄT MACHT NICHT HALT VOR LINKEN PROJEKTEN, WARUM AUCH

Arbeitslose Deutsche abschieben?

Wie mir zu Ohren gekommen ist, gibt es in dem Hausprojekt, in dem ich seit 27 Jahren wohne, einige Personen, die es nicht richtig finden, dass ich seit 25 Jahren arbeitslos bin, den ganzen Tag über nichts mache, mich trotz meiner vielen Zeit nicht einmal politisch betätige und mich dann auch noch über das Jobcenter beschwere.

VON UTE WIENERS, HANNOVER • Tja, immer diese Jammerarbeitslosen. Fast schon genauso, wie Jammer-Ossies. Fange ich doch mal mit dem Bild der Langzeitarbeitslosen in der Gesellschaft an. Laut der Studie über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit der Universität Bielefeld von 2010, sind die Langzeitarbeitslosen die am meisten mit negativen Gefühlen belegte Gruppe im Land. In den Fokus der Abwertung gerückt wird sie »unter dem Gesichtspunkt mangelnder Nützlichkeit für die Gesellschaft«. Sie belegt diesen ersten Platz, noch vor verschiedenen Nationalitäten, Glaubensrichtungen und Einwanderern, wobei es da selbstverständlich jede Menge Überschneidungen gibt.

Hetze gegen Hartz 4 Empfänger

59 Prozent der Befragten fanden es demnach empörend, »wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen«. Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine 2012 gemachte repräsentative Umfrage zum Thema Vorurteile gegen HARTZ 4 Empfänger des Instituts für Demoskopie im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit (BA – Nürnberg).

Diese Stimmung ist während der Ära Schröder so hochgepuscht worden, um auf die Hartz IV Gesetze einzustimmen. Seitdem hält sie unvermindert an. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie plötzlich die Zeitungen, Illustrierten und TV-Sendungen voll waren mit Artikeln und Reportagen über die sogenannten Sozialschmarotzer. Im Jahr 2000 zum Beispiel titelte die Sendung Panorama: Stütze statt Stress – soziale Hängematte Deutschland

2003 initiierte die Bild eine Kampagne um den sogenannten »Florida-Rolf«. »Leben wir eigentlich im Sozial-Schlaraffenland?« lautete ihre erste Überschrift dazu. Weiter ging es dann mit: »Er lacht uns alle aus«. Bei dem unfreiwillig berühmt gewordenen Protagonisten handelte es sich um einen Frührentner, der sich vom Sozialamt seine Miete in Miami bezahlen ließ. Er litt, seit seine US amerikanische Ehefrau verstorben war, unter Depressionen.

Der Wutsturm vieler Bürger, die in Rolf den Verursacher für ihr plagenreiches Leben »erkannten«, folgte direkt. Fast genauso schnell reagierte der Gesetzgeber. Es wird nun keine Sozialhilfe mehr ins Ausland überwiesen, auch dann nicht, wenn die Lebenshaltungskosten dort günstiger sind als bei uns.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends zierten Bilder von Hängematten, in denen sich die Faulenzer genüsslich räkelten, sowohl die Nachrichtenmagazine, als auch die Printmedien. Die Hängematte als Synonym für die soziale Hängematte. Der Begriff »soziale Hängematte« ersetzt seitdem den, des sozialen Netzes. Ich selber habe damals eine zum Geburtstag bekommen, als Anspielung darauf. Das war allerdings ein Scherz.

Das Sozialporno

Irgendwann habe ich mal den Begriff Sozialporno gehört. Gemeint waren Hetzsendungen gegen Menschen, die es angeblich sehr viel angenehmer finden ihre eigene Verwahrlosung voranzutreiben und dem Steuerzahler auf der Tasche zu liegen, als »zumutbare« Arbeit anzunehmen. Gerade weil sie so heruntergekommen sind, bieten sie so ziemlich jedem Zuschauer noch die Möglichkeit sich nach unten abzugrenzen und zu distanzieren. Ich finde den Begriff Sozialporno so treffend, weil er an niedrigste Emotionen appelliert, weit unter der Gürtellinie. Wer kennt das nicht: »Igittig, so fertig bin ich jedenfalls nicht!«

Besonders geeignet für diesen Effekt erscheint mir die Darstellung sogenannter Mietnomaden, wie sie von RTL gesendet wurden. Dabei handelt es sich um Hartz IV Empfänger, die ihre vom Amt kassierte Miete nicht an den Vermieter zahlen, sondern verprassen, am liebsten für Bier, Zigaretten, Flachbildschirme und den Pizzabringdienst. Die Vermieter sind hilflos, denn noch bevor geräumt werden kann, sind die Mieter schon weg, um anderswo genauso weiterzumachen. In jeder Wohnung hinterlassen sie ein stinkendes Desaster aus Unrat und Gerümpel.

Am 29. März 2010 ging Birgit Schrowange in Extra - Das RTL Magazin – unter dem Titel »Wenn ich groß bin, kriege ich Hartz IV!« der Frage nach, was ein Hartz



▲ Jeder bitte nur eine Hängematte!

Zeichnung: Adrien Tasić

IV Kind von seiner Geburt bis zu seinem voraussichtlichen Tod den Steuerzahler kostet. Im Vergleich dazu wird eine Rechnung aufgemacht, was das Kind einer arbeitsamen Familie, an Steuern einbringt, nach Abzug der staatlichen Investitionen in seine Bildung.

Auch unter »Beauty-Gesichtspunkten« hat die in der Sendung dargestellte Familie wenig Erfreuliches zu bieten. Eine Face Aging Software, mit Zusatzfaktor Hartz IV, prognostiziert, dass der Hartz IV Sprössling schon mit 50 Jahren eine hässliche alte Vettel sein wird. So einen Dreck gibt es auf fast allen Fernsehkanälen zu sehen.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Diese Hetze ist keine pure Gemeinheit, sondern sie hat ein Ziel. Nämlich die Leute in unakzeptable Jobs und in den Niedriglohnsektor zu treiben, mit Hilfe einer Kombination von Kürzungen und sozialer Ächtung. Soziale Ächtung ist etwas, das unsere Gattung überhaupt nicht ertragen kann. Anerkennung ist uns fast so wichtig wie Nahrung.

Es gibt noch einen zweiten ebenso wichtigen Grund, der als Folge davon auftritt. Die Arbeitslosen geben sich selbst die Schuld. Sie verinnerlichen das Bild, das die Gesellschaft von ihnen hat, weil sie Teil der Gesellschaft sind. Es beeinflusst uns immer was andere von uns denken. Die Erwerbslosen verachten sich selbst und gegenseitig.

Während Maßnahmen, die das Jobcenter anordnet, wie zum Beispiel Bewerbertraining, wird mit Beschuldigungen, wer sich nicht genügend um Arbeit bemüht, wild um sich geworfen. Die Betroffenen fühlen sich schuldig, als Versager, werden depressiv und wehrlos.

Paradoxerweise wird den Arbeitslosen einerseits vorgeworfen, dass es ihnen so schlecht gehe und sie so viel jammern und andererseits, dass sie sich auf Kosten der Gemeinschaft ein bequemes Leben eingerichtet haben und es ihnen viel zu gut gehe.

Es ist unmöglich während eines Bewerbertrainings zu sagen: »Ja, Erwerbslosigkeit hat viele Nachteile, aber ich komme trotzdem ganz gut klar. Es geht mir nicht schlecht«. Stattdessen wird mit Bekenntnissen wettgeeffert, wer unter der Situation am meisten leidet.

Sobald ich den Fuß außerhalb meines Wohnprojektes, in die »normale Welt« setze, sehe ich mich der allgemeinen Ächtung ausgesetzt. Ich überlege immer sehr genau, ob ich mich als »Hartz IV« oute. Früher einmal hatte ich einen relativ selbstbewussten Umgang

anderes ist mit dem Satz gemeint: »Arbeit muss sich wieder lohnen!«

Arbeitslos und nicht mal politisch aktiv

Das Wohnprojekt, in dem ich lebe ist aus einem Häuserkampf hervorgegangen. Damals war es einer unserer wichtigsten Inhalte gewesen, uns gegen soziale Ausgrenzung zu stellen. Ich habe es immer an meinem Zuhause geschätzt, nicht der sozialen Ächtung wegen meiner Arbeitslosigkeit ausgesetzt zu sein. Jetzt fühle ich mich auch hier nicht mehr sicher davor.

In einem Gespräch, das ich geführt habe, wurde mir vorgehalten, ich würde mich persönlich sehr angegriffen fühlen. So was ist typisch. Meine persönliche Betroffenheit zieht meine Objektivität in Zweifel. Wie wäre es denn bei einer frauenfeindlichen Äußerung speziell gegen mich? Da würde ich mich auch persönlich angegriffen fühlen. Würde man mir deswegen die Fähigkeit absprechen, meine persönliche Beleidigung in einen gesellschaftlichen Kontext einzuordnen? Leider kommt auch das sehr oft vor.

Ich bin nicht politisch aktiv, obwohl ich so viel Zeit habe. Was für eine sinnlose Existenz ich doch führe. Ist denn politische Aktivität eine Beschäftigungstherapie? Geht es da nicht viel mehr um ein Anliegen, um ein Bedürfnis, das absolut nichts damit zu tun hat, ob man arbeiten geht oder nicht?

Der Vorwurf, ich würde den ganzen Tag über nichts tun, fällt für mich unter protestantische Arbeitsethik. Müßiggang ist aller Laster Anfang, nicht wahr? Die moderne Form davon ist, dass alle immer unheimlich busy sind. Busy kommt von Business. Wer das nicht ist, gibt vor es zu sein. Es gibt in der Gesellschaft sogar schon das Phänomen des Schein-Workoholismus. Der Workoholismus ist die einzige Suchtkrankheit für die man geachtet und nicht verachtet wird. Sterben kann man daran allerdings genauso wie an Drogen und Manche brauchen zusätzlich noch Drogen um das auszuhalten. Auch das dient dem Systemerhalt. Preisdumping, Lohndumping, Arbeitsverdichtung, Standortvorteil, Gewinnmaximierung, Mehrwert schaffen.

Ja, ich beschwere mich über das Jobcenter, wenn ich von dort verstärkt unter Druck gesetzt werde. Ich werde unter Druck gesetzt, so wie alle, die Sozialleistungen beziehen, damit ich einknicke und mir entweder einen Job suche oder mir Kürzungen reingedrückt werden können. Das setzt meinem Gemüt zu und ich beklage mich darüber. Ich suche Erleichterung für meine Seele. Na und? Andere beschweren sich über ihren Chef, ihre Kollegen, Kommilitonen, Dozenten oder darüber, dass sie nie Zeit haben. Dann hört doch auf Arbeiten zu gehen, anstatt euch zu beschweren!

Ich denke, dass Menschen von sich aus das Bedürfnis haben der Gesellschaft einen nützlichen Beitrag zu leisten. Ebenso gehe ich davon aus, dass es dem Selbstwertgefühl allgemein zuträglich ist, für sich selbst sorgen zu können. Ich bezweifle allerdings, dass alles, was als Arbeit bezahlt wird ein nützlicher Beitrag ist.

Hören wir auf damit der Hetze auf den Leim zu gehen. Auf Hilflosen herumzuhacken, mag eine bequeme Möglichkeit bieten sich selbst besser zu fühlen und Frust abzubauen. Langfristig unterstützen wir damit aber nur die eigene Machtlosigkeit uns für unsere eigenen Interessen und für unsere Würde gegen die herrschenden Verhältnisse einzusetzen. ●

damit - vor Schröder.

Die Reaktionen darauf sind aber fast immer in irgendeiner Weise verletzend. Mitleid, Hilfsangebote, Skepsis, ob ich denn überhaupt Arbeit suche. Ob ich nicht mal dies oder das versuchen will, um meine Situation zu ändern. Auch begütigende Kommentare wie: »Is nich schlimm, ich war auch schon mal arbeitslos – aber nicht lange« machen es nicht besser. Während eines Kurses beim Bildungsverein Hannover wurde mir von der Kursleiterin angeboten ihr Kind zu hüten, für drei Euro die Stunde. Wählerisch könne ich ja wohl kaum sein.

Keine Akzeptanz, keine Toleranz, kein Respekt.

Die Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen ist zwar nett gemeint, aber naiv. Arbeitslosen-Bashing ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren des Systems. Die Alternative zu schlecht bezahlten Jobs unter unwürdigen Bedingungen, muss noch schlimmer sein als diese Jobs. Nichts

ANZEIGEN

#cross solidarity II
RE.ORGANISIEREN DER LINKEN IN DER KRISE

WEBSEITE ZUR KONFERENZ
WWW.CROSS-SOLIDARITY.NET



KONFERENZ 07.-09.11.2014
BOCHUM Bahnhof Bochum-Langendreer

Wie gelingt Zusammenarbeit über Organisationsformen und nationale Grenzen hinweg?
Wie können Ein-Punkt-Politiken miteinander verknüpft werden?
Wie machen wir Differenzen produktiv?

Transnationale Solidarität zwischen Wunsch und Wirklichkeit + Transformative Organizing +
Zwischen Stellvertreterpolitik und Selbstermächtigung + Who Cares? Solidarische Gesundheitsversorgung +
Kampf um die Stadt und das Recht auf Wohnen + Kämpfe um Arbeit zwischen Standortpolitik und Internationalismus

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen und dem Bahnhof Langendreer. Unterstützung von Labournet, Trans International Exchange (TIE), dem Informationsbüro Nicaragua e. V., Habitat Netz e. V. und der Basisinitiative Solidarität (BIS)

Die Kämpfe der 1960er Jahre in Italien



Die Bibliothek des Widerstands des Laika Verlages legt mit Band 31 den ersten Teil eines Italien Schwerpunktes vor. Wie die Bände zuvor, glänzt auch diese Ausgabe wieder mit einer opulenten Ausstattung, die nicht nur aus Artikeln zum Thema von ausgesuchten Fachleuten besteht, sondern auch durch das ausgezeichnete dokumentarische Material in Bild und Ton. Mit Band 17 der Reihe war schon ein Titel zu Genua erschienen, der sich den Demonstrationen gegen die G8 widmete. Wie die Geschichte zeigt, haben auch das brutale Vorgehen der Polizei und die Morde an friedlichen Demonstranten schon eine düstere Tradition. Ausgerechnet in Genua, der Stadt, die sich im historischen antifaschistischen Widerstand den Titel »la medaglia d'ora della resistenza« verdient hatte, wollte der MSI, die postfaschistische Partei in Italien, 1960 ihren ersten nationalen Gesamtkongress nach dem Krieg abhalten. Wenn es dort durchgehen würde, würde es auch in ganz Italien funktionieren und die Postfaschisten könnten durch die demokratische Hintertür wieder an die Macht kommen, was die Regierung unter Tambroni, einem Christdemokraten, ja schon teilweise ermöglicht hatte, da sie eine Koalition mit dem MSI eingegangen war. Der Film »1960 i ribelli - Die Rebellen« aus dem Jahre 2010 (40 min.) berichtet unter der Regie von Mimmo Calopresti mit vielen Zeitzeugeninterviews über diese spannende Nachkriegsperiode in Italien, in dem alles möglich war: ein erneuter Bürgerkrieg, ein neuer Faschismus oder sogar der Sozialismus?

Weihnachtsbaum und Sozialismus! Sozialistische Lieder singen jedenfalls die Arbeiter bei der Besetzung der Apollon Fabrik, als sie ausgerechnet einen Weihnachtsbaum schmücken. Die Solidarität spielt damals besonders unter ArbeiterInnen eine große Rolle, wenn etwa die streikenden Elektromechaniker mit Weihnachtsgeschenken für ihre Kinder bedacht werden: »Per noi è un natale magro, ma la solidarietà ci rende più felici«, heißt es auf einem Transparent, geben ist schließlich seliger denn nehmen, gerade im Sozialismus, der nicht nur eine bloße Geste, sondern eine gelebte Realität zwischen den ArbeiterInnen verkörpert. »Sta mattina è morto Borgoloni, alleluja« singen die Kinder bei einer Versammlung im Apollon Werk und der genannte Fabrikboss wird unter dem Jubel der Menge symbolisch hingerichtet. Der Glaube ist weit verbreitet, dass die Sechziger das Jahrzehnt der Arbeiterklasse werden würden. »Apollon, una fabbrica occupata - Apollon, eine besetzte Fabrik« stammt aus dem Jahre 1969 (62 min., von Ugo Gregoretti) und zeigt stellvertretend wie gewerkschaftlicher Kampf organisiert werden kann.

Die Regierung Tambroni, der gerne auch das Etikett »clerico-fascisto« umgehängt wurde, geht gewalttätig gegen die streikenden ArbeiterInnen vor, berittene Polizei stürzt sich rücksichtslos auf die Menge, tote Arbeiter bleiben auf den Straßen zurück. Ihr einziges »Verbrechen« bestand darin, ihre Rechte zu fordern, aber ihr Tod sollte nicht umsonst sein, denn bald organisierte sich eine Allianz zwischen Studenten und Arbeitern, und der italienische Operaismus feierte seine ersten Siege gegen das Kapital. Der Band enthält ferner Texte der Historiker Cesare Bermanni und Sergio Bologna und einen von Jacopo Chessa und Annamaria Licciardello über das militante italienische Kino der 1960er-Jahre.

Jürgen Weber (Wien)

Verdeckter Bürgerkrieg und Klassenkampf in Italien Band 1 – Die sechziger Jahre; Laika Verlag ISBN 978-3-944233-17-8, 2014, 29,90 €, 224 Seiten, 2 DVD

Hausbesetzungen in Europa – ausgewählte Beispiele



Hausbesetzungen dürfen neben Demonstrationen die bekanntesten wie wirkungsvollsten Praktiken linksradikaler Politik sein. Die Herausgeber postulieren einleitend, es gebe »seit 1968« eine Kontinuität radikaler jugendlicher städtischer Bewegungen, in denen sich radikale Politik mit Untergrundkultur und libertären Prinzipien verbinde und in der »direkte Aktion« weit verbreitet sei. Hinzu komme, so die Heraus-

geber später, eine ausgesprochen lokale Situierung des diesbezüglichen politischen Handelns.

Konkret finden sich in dem Buch Beispiele aus acht Städten in sieben Ländern, die alle eher den Zeitraum ab 1980 als den ab 1968 behandeln. Die Beiträge enthalten jeweils kommentierte Literaturhinweise; haben aber sehr unterschiedlichen Zuschnitt und Tiefe. Der Beitrag zu Berlin, wo 1990 allein in Ost-Berlin 130 Häuser besetzt sind, thematisiert in seiner zweiten Hälfte nur ein Haus als konkretes Beispiel, der zu Griechenland streift das Thema »Hausbesetzungen« nur und hat vielmehr die Geschichte anarchistischer Politik zum Inhalt. In etlichen Beiträgen wird die Bedeutung des soziokulturellen »Humus« oder auch »Hinterlandes« von Besetzungen und Hausprojekten deutlich, dies ist in Wien ebenso wichtig wie in Posen.

Die Leserin bekommt damit keine Enzyklopädie zum Thema, aber lesenswerte Eindrücke aus Barcelona und Amsterdam, aus Kopenhagen und Brighton. Manchmal mangelt es auch einer empirischen Fundierung und die Beiträge verfallen in einen Plauderton. Dies dürfte auch, aber nicht nur, der diffizilen Quellensituation geschuldet sein. Bemerkenswert ist, dass die in Deutschland ja sehr virulente und ausdifferenzierte Debatte, inwieweit urbane Kämpfe und damit verbundene »kreative« Praktiken willentlich und unwillentlich zur Gentrifizierung beitragen, in dem Buch jenseits der Einleitung wenig Erwähnung findet.

Die weitere Erforschung des Themas, die Zusammenstellung der Ereignisse und die Prüfung, was im europäischen Kontext überhaupt systematisier- und sinnvoll vergleichbar sein könnte, bleibt eine Aufgabe: Nur ein Beispiel: Die Herausgeber schreiben zum Beispiel, die 1990-Jahre seien in der radikalen Linken in Europa von einem neuen Optimismus gekennzeichnet gewesen, eine Beschreibung, die so für Deutschland falsch ist.

Bernd Hüttner

Bart van der Steen, Ask Katzeff, Leendert van Hoogenhuijze (ed): The City Is Ours. Squatting and Autonomous Movements in Europe from the 1970s to the Present, PM PRESS: Oakland 2014, ISBN 978-1-60486-683-4, 336 S., 21,95 \$

Das Ganze des Lebens



Lohnarbeit ist immer noch die zentrale Kategorie im entwickelten Kapitalismus, egal in welchem Zustand der Prosperität oder Krisenhaftigkeit er sich befindet. Dass mit dieser Form der Gesellschaftsorganisation immenser sozialer und ökologischer Schaden angerichtet wird, ist vielfach kritisch thematisiert worden. Über die für diese Produktionsweise unverzichtbare bezahlte und unbezahlte Reproduktionsarbeit - zumeist immer noch von Frauen verrichtet - wird allerdings weniger geredet.

Der Zustand ist paradox: die Arbeiten und ihre Ausführenden, die das bestehende dominierende Marktsystem überhaupt erst ermöglichen und mit den notwendigen Ressourcen versorgen, sind in doppelter Hinsicht einer Abwertung unterworfen: diskursiv und auch ganz praktisch. So ist Reproduktionsarbeit zumeist schlecht(er) bezahlt als vermeintlich produktive Arbeit und erfährt wesentlich geringere Wertschätzung.

In ihrem neuen Buch »Das Ganze des Lebens« stellt Brigitte Kratzwald die existierende Lohnarbeitsgesellschaft und was sie »produziert« radikal in Frage und macht auf der Suche nach einer Gesellschaft, die über den erbarmungswürdigen Zustand der »Arbeitsgesellschaft« hinaus weist, ein interessantes theoretisches - und praktisches Experiment: Die Verbindung der Debatte und Praxis um Peer Produktion und der in der feministischen Theorie entwickelten Subsistenzperspektive.

Kratzwald nimmt im ersten Teil ihres Buches zunächst eine Analyse der bestehenden Arbeitsgesellschaft vor, beschreibt wie über den Prozess der ursprünglichen Akkumulation die Lohnarbeit entstand und auch immer weitere Bereiche von Subsistenzarbeit in selbige integriert wurden und ihre »Produkte« in Warenform gepresst wurden.

Kratzwald gesteht dem Kapitalismus und seiner Produktionsweise jedoch keine Totalität zu, sie geht auf die Suche nach dem »ganz anderen«, den durchaus vorhandenen Formen gesellschaftlicher, nicht marktförmiger Produktionsweisen. Commons und solidarische Ökonomie sind hier die Stichworte einer viel geführten Debatte der letzten Jahre. Wie kann ein an den Erfordernissen des Lebens ausgerichteter Arbeitsprozess aussehen? Wie organisieren wir »unangenehme« Arbeiten? Wie können die notwendigen Ressourcen

an der marktförmigen Verteilung vorbei organisiert werden? Das sind nur einige Fragen, denen Kratzwald in ihrem Buch nachgeht. Im Mittelpunkt steht dabei der Versuch der theoretischen Verbindung zweier Ansätze: die schon etwas ältere feministische Subsistenztheorie, deren bekannteste Vertreterinnen die Bielefelder Wissenschaftlerinnen Maria Mies und Claudia von Werlhof sind. Und zum anderen die noch relativ neue, aus dem Bereich der Internettechnologie und freien Softwareentwicklung stammende Peer Produktion, die für hierarchiefreie Kooperation auf der Basis freiwilliger Beiträge basiert. Im deutschsprachigen Raum sind vor allem Namen wie Stefan Meretz und Christian Siefkes mit dieser Debatte verbunden, letzterer war auch an einem Gespräch beteiligt, dessen Ergebnisse in dieses Buch eingeflossen sind. Das ist vielleicht auch die eigentliche Stärke dieses Textes: Er ist auch Ergebnis eines kommunikativen Prozesses aus Workshop und Gespräch, die VertreterInnen der verschiedenen Theorien wurden zusammengebracht und im letzten Drittel kommen Menschen aus kollektiv arbeitenden Strukturen selbst zu Wort. Gerade für diejenigen, die sich selbst in solchen Projekten und Betrieben bewegen, ist das vielleicht auch der lebendigste Teil des Buches, in dem die konkreten Alltagsfragen behandelt werden, die sich im Prozess der Schaffung selbstbestimmter und alternativer Produktionsweisen und Alltagsorganisation stellen. Gerade für Nicht-Nerds (wie mich) hatte auch der letzte Teil, der sich mit dem aktuellen Stand der Produktivkräfte in der Soft- und Hardwareentwicklung befasst, einen hohen Gebrauchswert.

In Verbindung mit dem erfreulichen Utopieüberschuss, wie man heutzutage wohl sagt, ergibt sich ein äußerst lesenswertes Buch.

Karsten Holler

Brigitte Kratzwald: Das Ganze des Lebens. Selbstorganisation zwischen Lust und Notwendigkeit. Ulrike Helmer Verlag. Sulzbach / Taunus 2014, 235 S., 19,95 EUR

Wirtschaftsdemokratie – historisch und aktuell



Warum wird eine Demokratisierung der Wirtschaft – immerhin einer der wichtigsten Sektoren der menschlichen Gesellschaft – kaum in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen thematisiert?

Der Sammelband Demokratisierung von Wirtschaft und Staat versucht sich nicht nur an einer Antwort zu dieser Frage, sondern will auch Abhilfe schaffen. Es handelt sich um eine Publikation zum Colloquium »Demokratie - Wirtschaft - Staat«, das im Februar 2013 in Berlin zu Ehren des 80. Geburtstags der Historikerin Ulla Plener stattfand. Ziel war es, das Thema der Wirtschaftsdemokratie aus verschiedenen Perspektiven – vor allem aus historischer Sicht – zu beleuchten und es wieder auf die Tagesordnung zu setzen, neben dem historischen Interesse liegt dem Buch also auch ein gesellschaftspolitischer Impuls zu Grunde.

Der Band bietet einen Überblick über Fragestellungen bzgl. der Wirtschaftsdemokratie und bietet gute Anregungen, sich weiter damit zu beschäftigen. Thematisiert werden Machtverhältnisse, die einer Demokratisierung des Wirtschaftssektors entgegenstehen, die Rolle des Staats, sowie Gewerkschaften und Genossenschaften als Organisationen, die aus ihrem Selbstverständnis heraus die Ideen der Wirtschaftsdemokratie voranbringen sollten. Hauptfragestellung ist für die meisten Mitwirkenden, wie wirtschaftsdemokratische Ansätze in der Realität Europas umgesetzt werden könnten. Lösungsansätze oder konkrete Ordnungskonzepte werden jedoch nur verhalten angeboten, ebenso wie Antworten auf die Frage, wie sich angesichts von Passivität und Politikverdrossenheit reale Partizipation umsetzen lässt. Trotzdem zeigen gerade die präsentierten historischen Beispiele, dass sich Menschen mit der Frage nach einer sozialeren Organisation unserer Gesellschaft beschäftigen. Der Band soll unterschiedliche Perspektiven und methodische Zugänge zu dem Thema Wirtschaftsdemokratie aufzeigen und dadurch für »aktuelle Debatten und politische Praxis fruchtbar [...] machen« (S. 8).

Nach einem ersten Teil mit theoretisch-politischen Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie bietet ein zweiter Abschnitt des Sammelbandes zahlreiche historische Fallbeispiele zum Spannungsverhältnis von Ökonomie und Demokratie. Notz z.B. beleuchtet das Genossenschaftswesen als eine Form demokratischen Wirtschaftens. Zehetmair und Weipert hingegen

beleuchten wirtschaftsdemokratische und rätendemokratische Modelle in der Weimarer Republik und der Novemberrevolution.

Im hinteren Abschnitt des Bandes werden Erfahrungen aus anderen Ländern und angeführt: u.a. liefern Majchrzak/Graber-Majchrzak eine historisch-kritische Betrachtung der Arbeiterselbstverwaltung und Betriebsdemokratie in Polen und Roesler resümiert über die Entstehung selbstverwalteter Betriebe in Argentinien.

Die Genossenschaftsbewegung in Lateinamerika entwickelt aktuell demokratische Wirtschaftsformen am Rande oder gar außerhalb des Staats und wirkt damit als Inspiration für wirtschaftsdemokratische Überlegungen. Roesler fragt in seinem Beitrag, wie die Bedingungen für die empresas recuperadas in Argentinien waren: Bekämpfte der Staat sie? Wie stand es mit der Unterstützung durch die Bevölkerung? Welchen Einfluss hat diese Idee auf die sozialen Bewegungen oder das Bewusstsein über Alternativen zum Kapitalismus? Letztlich sieht Roesler jedoch die gesamtwirtschaftliche Wirkung der empresas recuperadas als gering an – ein wichtiger Faktor dabei ist eine interne Hierarchie der Betriebe, die sich nach einiger Zeit eben doch ausbildete.

Insgesamt ist der Band ein notwendiger Anstoß für linke und soziale Bewegungen in Europa, sich dem Thema Wirtschaftsdemokratie zu nähern.

Menja Holtz

Axel Weipert (Hrsg.): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat – Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute, Nora Verlagsgemeinschaft, Berlin 2014, 230 Seiten, 19 EUR

Ungehorsam! Disobedience!



Im Jahre 2012 hat die Interventionistische Linke gemeinsam mit der Rosa Luxemburg Stiftung eine Konferenz zum Thema »Ziviler Ungehorsam« organisiert, an der nach Veranstalterangaben rund 400 Menschen teilnahmen. Nun ist der Tagungsband bei Edition Assemblage mit einer Creative Commons

Lizenz erschienen, d.h. dass die Artikel auch im Netz frei zugänglich sind. Über die Ausrichtung jener Konferenz heißt es im Editorial: »Ein zentrales Anliegen der Konferenz war es, über die antifaschistischen Blockaden in Dresden hinaus Protestformen des zivilen Ungehorsams anderer Bewegungen zu thematisieren, zu erzählen und zu diskutieren« (7).

Der Sammelband ist weitgehend narrativ, d.h. es werden vorrangig Prozesse und Entwicklungen nach erzählt, ohne dass diese wirklich näher untersucht werden. Hier sind eher AktivistInnen als WissenschaftlerInnen am Werk. Die Beiträge haben den etwas faden Beigeschmack, dass die typischen linken Mainstream-Facetten in der ganzen Bandbreite zu finden sind – viel Ma(u)rx, ein bisschen Frankfurter Schule, ein bisschen Antonio Gramsci und Judith Butler sowie eine Diskursanalyse in Foucault'scher Tradition. Der Begriff des zivilen Ungehorsams, der auf den libertären Aktivisten David Henry Thoreau zurückgeht, und in den Aktionen der indischen Unabhängigkeitsbewegung und der afro-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung mit Inhalten gefüllt wurde, wird in den meisten Beiträgen sehr stark verwässert – und unter Rückgriff auf Jürgen Habermas zu einem Sammelbegriff für »Protest gegen einen unhaltsamen Zustand« (8) ausgeweitet. Ihm fehlt damit jegliche definitorische Schärfe, die es möglich macht, ihn von anderen Protestformen abzugrenzen.

Die meisten der neun Texte bleiben auf einer narrativen Ebene stehen. Wirklich neue Erkenntnisse bieten die Beiträge nicht. Sie lesen sich nett, aber vermitteln den typischen Duktus von Texten linker Studierender und Studierender.

Hervorhebenswert scheinen mir lediglich die Beiträge von Alex Demirovic (»Eine Frage der Reife«) und Thomas Seibert (»Dissens statt Konsens«), in denen die Autoren eine Einordnung des zivilen Ungehorsams in einen theoretischen Kontext vornehmen. Insgesamt ist der Band etwas enttäuschend. ... Weder die Bewegung noch die Wissenschaft kann hier viel, für ihr jeweiliges Metier herausziehen.

Maurice Schuhmann

Friedrich Burschel / Andreas Kahrs / Lea Steinert (Hg.): Ungehorsam! Disobedience! Theorie & Praxis kollektiver Regelverstöße, edition assemblage Münster 2014, 142 S., Preis: 14 €, ISBN: 978-3-942885-60-7. Online unter: <http://www.rosalux.de/publication/40672/>

Welche alternativen Ideen für eine Gesellschaft hattet ihr?

Ostblog

Renate: Ich habe 15 Jahre in meiner guten Stube gesessen und mit Mann und zwei Freunden über eine alternative Gesellschaft nachgedacht. Inzwischen weiß ich, dass wir wohl dasselbe gelesen und diskutiert haben wie viele andere in Ost und West zur gleichen Zeit: Marx, Engels, Trotzki, Solschenizyn, Bahro. Am Ende dieser kopflastigen Zirkelarbeit stand für mich fest: Eine wirkliche Alternative zu allen bisherigen Klassengesellschaften kann nur in einem Prozess bestehen, der Lohnarbeit und Kapital – sprich: die Teilung in Anweisende und Ausführende – aufhebt. Ziemlich abstrakt das Ganze, was wir versuchten durch solche Fragen zu überwinden, wie die nach einem alternativen Schul- und Erziehungssystem. Eine politische Praxis gab es dafür jedoch nicht.

Bernd: Ich war 1989 in verschiedenen linken »Szenen« aktiv, Schwerpunkt wurde dann die Initiative für eine vereinigte Linke (VL). Diese hatte fünf politische Grundsätze als Minimalkonsens: gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln; reale Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit auf Grundlage der Selbstbestimmung der ProduzentInnen; das Prinzip der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder. Politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und die freie Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglied gehörten ebenso dazu, wie der ökologische Umbau der Industriegesellschaft. Die Emanzipation der Frauen war ein selbstverständlicher Bestandteil dieser Forderungen. Das Gros derjenigen, die sich in der VL engagierten, vertrat einen ökologischen, auf Selbstverwaltung beruhenden Räte-Sozialismus.

Thomas: Nach 40 Jahren parteibürokratischer Diktatur gab es in der DDR im Sinne eines »Sozialismus der Freiheit und Demokratie« (so der Aufruf unserer »Initiative für eine Vereinigte Linke«, der ich seit 1989 angehörte) nur eine emanzipatorische Alternative: Wenn es der nun gegen die SED-Despotie aufbegehrenden Bevölkerung gelänge, über erfolgreiche Erfahrungen selbstbestimmter Interessenvertretung die zerstörten Voraussetzungen auch politischer Selbsttätigkeit wiederherzustellen, so hätte ein demokratischer Sozialismus eine Chance. Insofern war auch ich innerhalb der VL Verfechter des Rätegedankens, um zukünftig partei- oder militärdiktatorische Herrschaftsverhältnisse unmöglich und Stellvertreterformen bürgerlich-parlamentarischer repräsentativer Parteiendemokratie mehr und mehr entbehrlich zu machen. Dies hieß auch, über Erfahrungslernen die Entwicklung von Formen direkter Demokratie zu forcieren.

Judith: Ich habe bis zur Mitte der 70er Jahre ernst genommen, dass die DDR die Alternative war und mich dementsprechend verhalten, angefangen von Kritik innerhalb des Betriebes, der Parteigruppe bis hin zur inoffiziellen Mitarbeit für die Stasi. Das Wissen darum, dass dies der falsche Weg ist, ist langsam gewachsen und mündete in der Aufkündigung der Stasimitarbeit und dem späteren Austritt aus der SED. Meine Idee von einer emanzipatorischen Gesellschaft war schon früh auch feministisch. Sie beinhaltete neben den bekannten Attributen ebenso das Nachdenken über die Art wie wir miteinander leben und arbeiten, wie wir unsere Kinder erziehen, als auch die Erkenntnis, dass ich immer auch mich selbst ändern muss, wenn ich die Gesellschaft, in der ich lebe, verändern will.

Anne: Keine. Meine Sehnsucht und die anderer in der Subkultur in Ost und West galt Berlin-Kreuzberg. In der DDR hatte ich keine Hoffnung, dass sich mit jenem »Volk« eine bessere Gesellschaft gestalten ließe. Sie wählten dann ja 1990 auch mehrheitlich die CDU. Ich hatte 1988 einen Ausreiseantrag für mich und mein Kind gestellt. Ich wollte noch studieren und mein Kind wollte ich in einem selbstverwalteten Kinder- und Schülerladen jenseits staatlicher Indoktrinierung unterbringen. Das habe ich dann getan. Ich lese gerade das Buch »Subkultur Westberlin 1979-89«. Da sitzt Heiner Müller im legendären »Bierlokal Rote Rose« in der Adalbertstraße. Und die Stadt ist voll von Ausgeflippten, Nichtsnutzen, Tagedieben, Freaks und Verweigerern. Fast niemand dachte an eine Karriere, viel Freizeit kennzeichnete das Leben. Da wollte ich leben. Allerdings wurde Kreuzberg zur großen Enttäuschung. Der Stadtteil wird gentrifiziert und das alte Kreuzberg stirbt aus bzw. geht unter.

Westblog

Robert: Wir wollten eine sich zum Besseren verändernde Gesellschaft. Es ging uns also zunächst darum, den allgemeinen Konsens in der Gesellschaft aufzubrechen, das war (und ist) beispielsweise die Zustimmung zur Arbeits- und Klassengesellschaft, zum überkommenen Nationalismus und zum deutschen Staat. Die verbreiteten rassistischen, patriarchalen und sonstigen autoritären Überzeugungen waren in Frage zu stellen und – wo möglich – zu bekämpfen. Erst aus dem schöpferischen Magma einer Gesellschaft, in der libertäre und emanzipatorische Haltungen und Kämpfe allgemeine Bedeutung gewinnen, könnte einmal eine Gesellschaft der Freien und Gleichen entstehen. Wie diese aussähe, dazu hatten wir unterschiedliche Ideen, die sich aus der Geschichte emanzipatorischer Kräfte (Pariser Commune, Spanien 1936, Kibbuzbewegung) und aus den theoretischen und organisatorischen Ansätzen von Rätekommunisten und Anarchisten speisten.

Willi: Wir hatten unsere Vorbilder und Ideen von exemplarischen Streikbewegungen, in denen die Lohnarbeitenden sich teilweise aus der kapitalistischen Zwangsvergesellschaftung befreien und selbstermächtigt die Betriebe besetzen und sich Gedanken machen über eine andere alternative und egalitäre Organisation der Arbeit und über das Herstellen gesellschaftlich nützlicher Produkte. Genau solche Bewegungen des sich selbstermächtigenden Aufbruchs der Lohnarbeiter zu gesellschaftlichen Produzenten wollten wir bekannt machen und in unseren Aktionsfeldern fördern, unterstützen und selbst initiieren. Beispiele sind die Kämpfe der Lip-Arbeiterinnen in Frankreich/soziale Fantasie an die Macht/oder der Beschäftigten von Lucas Aerospace in England und einige andere in den 70er und 80er Jahren. Dazu gehörte aber auch die enge Verbindung und kritisch-solidarische Unterstützung von Bewegungen wie der Solidarnosc in Polen und deren Kampf für autonome Gewerkschaften und eine selbstverwaltete Republik. In diesen Beziehungen und Kontakten lernten wir die Realität des Staats- und Partei-Kommunismus kennen.

Hauke: Wir Autonome hatten uns schon lange vom leninistischen Revolutionsmodell verabschiedet. Auch vom Realen Sozialismus hielten wir nur sehr wenig. Ebenso gab es eine umfassende Kritik an den alten marxistischen Klassenkampftheorien. Die Kritik an der patriarchalen Herrschaft stand in vielen autonomen Frauengruppen im Mittelpunkt – und das zurecht! Unsere Vorstellungen über eine befreite Gesellschaft waren sehr vielfältig und vielschichtig. Wir hatten nie ein Programm. Trotzdem gab es einige übereinstimmende Punkte: Wie dem der Betonung der Subjektivität und der Hebung des Selbstbewusstseins der/s Einzelnen im kollektiven Handlungsprozess; der Abschaffung der Herrschaft des Geldes und überhaupt der Abschaffung von Herrschaft. Die Entwicklung von Gegenmacht im Verlauf eines revolutionären Prozesses sollte immer nur vorübergehend sein. Die Partei der Avantgarde wollten wir nie sein, obwohl viele von uns (vor allem Männer) sich oft so gebärdeten!

Elfi: Die Idee einer anderen, emanzipatorischen Gesellschaft war die Triebfeder meiner politischen Aktivität. Im Detail ausgemalt habe ich sie mir nie. Sie blieb im Prinzip ein relativ abstraktes Gegenmodell zu den bestehenden Verhältnissen. Nicht sehr originell bezog ich mich als Ex-Anarchistin und Ex-Trotzkistin und im Jahre 1989 als Freiburger Autonome auf einen Rätekommunismus, dessen Spuren ich in der Pariser Commune, der Russischen Revolution und im Spanischen Bürgerkrieg verfolgt hatte. Ansonsten war die Gesellschaftskritik eher negativ bestimmt, gegen Ausbeutung, Patriarchat, Entfremdung, Lohnarbeit wollte und will ich am liebsten abschaffen, die bestehenden Betriebe sah ich lieber unter Arbeiterinnenkontrolle statt unter Arbeiterselbstverwaltung (das schien mir zu sozialdemokratisch). Die Weltrevolution bzw. die Internationalisierung aller Auseinandersetzungen und Bestrebungen war für mich von großer Bedeutung.

Was ist links? (1/2)

Bernd: »Links« ist ein diffuser Begriff, der aus dem bürgerlichen Parlamentarismus entspringt. Die Gemeinsamkeit »aller Linken« ist ihre egalitäre Orientierung. Aber danach unterscheiden sie sich bereits in sehr grundsätzlichen Fragen, ein erheblicher Teil der Linken vertritt antiemanzipatorische Vorstellungen. Ich sehe nach wie vor nur in einem ökologischen Selbstverwaltungssozialismus eine wirkliche, emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus.

Robert: Postulat: »Links« ist der Kampf für die Befreiung aller Menschen von Herrschaft, von Ausbeutung, von Unterdrückung. Dieser beinhaltet die Gegnerschaft zu Hierarchien, zu nicht-eingesetzten und zu nicht jederzeit absetzbaren Autoritäten, die Gegnerschaft zu unterdrückenden Institutionen, zu ihrer angeblichen Unverzichtbarkeit oder Unveränderlichkeit. Ohne Eintreten für die Möglichkeit, dass jeder und jede als freier und gleicher Mensch allen anderen Menschen begegnen kann, sollte niemand sich »links« nennen können. In diesem Sinne wäre den verschiedenen Propagandisten des GULags, der Diktatur, aber auch den Vertretern des sozialdemokratischen Friedens mit der Klassengesellschaft das Attribut »links« abzusprechen.

Elfi: Linke Politik setzt sich für Gerechtigkeit, Solidarität und eine Gesellschaft ein, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschafft. Links ist, sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung zu stellen. Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ist linke Politik plural, antibürokratisch und vermeidet aufmerksamst repressive bzw. autoritäre Zustände und Strukturen zu reproduzieren, ob in einer neuen Gesellschaft oder in eigenen Zusammenhängen im hier und jetzt.

Wie sah die Praxis aus?

Ostblog

Renate: Die Praxis kam dann mit aller Wucht. Im Sommer 1989 diskutierten wir noch zusammen mit einigen Leuten aus der Opposition Lenins Gewerkschaftsfrage und im Oktober gründeten wir schon eine »Initiative für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung«. Worum ging es da? Darum, die Staatsgewerkschaft FDGB durch eine Interessenvertretung abzulösen, in der die Basis das Sagen hat. Im Satzungsentwurf gab es nur ehrenamtliche Funktionäre, Transparenz und Mitbestimmungsrechte, die den DGB-Funktionären die Ohren heiß werden ließen. Wir stellten uns auf soziale Kämpfe in der zukünftigen DDR ein, dafür wollten wir gerüstet sein. Auch wenn das nicht die Aufhebung der Klassengesellschaft war – ein erster Schritt dahin aber allemal.

Bernd: Die VL war der Versuch, Linke aus der Opposition und kritische Leute aus der SED zusammenzuführen, real bedeutete das aber z.B. Leute aus der Anarcho-Subkultur und SED-Parteifunktionäre. Beim Gründungskongress hat es gleich geknallt: Etliche »Bunte« zogen sich in besetzte Häuser zurück, die meisten Parteileute wegen der »Chaoten« in eine neue Partei, in die »Marxistische Partei ›Die Nelken‹«. Wir ca. 40-jährigen InitiatorInnen kamen vom revolutionären Marxismus her und hofften auf die Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften. Das Gros unserer Mitglieder war ca. 19, linksalternativ oder autonom und träumte von besetzten Häusern und Öko-Dörfern. Auf den ersten Demos gingen unsere Leute an der Spitze, später hieß es »Rote raus aus der Demo«. Als oppositionelle Organisation waren wir aber Vorreiter/innen für autonome Betriebsräte und besetzte Häuser oder der Antifa.

Thomas: Die Erprobung von Techniken konspirativer widerständiger Arbeit linker Kleingruppen während der 70er Jahre in der DDR, neue Erfahrungen der linken Minderheit im Spektrum politisch-alternativer Gruppen während der 80er Jahre und schließlich die Organisation nun legaler Arbeit in der VL seit 1989 – all dies war fortwährend von Anstrengungen der Herbeiführung politikfähiger Kompromisse in den jeweiligen Arbeitszusammenhängen zugunsten konsensualer politischer Ziele begleitet. Stets waren hier politische Fehlentscheidungen (Verweigerung möglicher Kompromisse zwischen verschiedenen Strömungen des Arbeitszusammenhangs oder verspätete entschlossene Distanzierung von konsensüberschreitenden Praktiken bzw. Positionierungen in den Gruppen) von Rückschlägen begleitet. Die Lehre: Niemals politische Grundorientierungen zum Gegenstand taktischer Kompromisse machen, stets nach Kompromissen zugunsten gemeinsamer Sachziele suchen.

Judith: In den 70ern Protestbriefe, Bildung von kleinen Gruppen, um die DDR-Wirklichkeit zu untersuchen und daraus Schlussfolgerungen formulieren zu können. In den 80ern viele verschiedene Aktionen: Frauen für den Frieden, Herstellung von Periodika im Selbstverlag, Menschenkette zwischen SU- und USA-Botschaft bis hin zur Kontrolle der Kommunalwahlen. Ende 1989 war die Böhleener Plattform die Grundlage für mich, mich der Initiative für eine Vereinigte Linke anzuschließen, obwohl ihr Geburtsfehler, die Frauen der »Lila Offensive« gehen zu lassen, mich sehr gescherzt hat. Die Gründung der »Roten Rosa« innerhalb der VL als Versuch, die Verbindung zum Unabhängigen Frauenverband nicht abreißen zu lassen ist gescheitert, auch wenn es punktuelle Zusammenarbeit gab. Wir haben erst in dieser Zeit in den Auseinandersetzungen innerhalb der BürgerInnenbewegung gelernt, dass gegen das bestehende DDR System gewesen zu sein, nicht zwangsläufig bedeutete, über die zu gestaltende Zukunft einer Meinung zu sein. Für mich bot das Bestehen der DDR eine Gewähr dafür, einen besseren Staat entwickeln zu können, deshalb habe ich den Anschluss an die Bundesrepublik abgelehnt.

Anne: In der DDR habe ich mir subkulturelle Freiräume geschaffen, still eine Wohnung besetzt, Aussteigerjobs gemacht oder war arbeitslos im Land des Asozialengesetzes, viel Muße und Kultur. Im Westen bin ich relativ spät, also 1998, mit den Erwerbslosenprotesten in die Linke gekommen, vorher hatte ich als Alleinerziehende keine Zeit bzw. war abgeschreckt von den Westlinken. Auch hier habe ich mir eine Parallelwelt geschaffen, ich betrachte mich als Freiraumschafferin. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, über den ich damals froh war, und der vollen Entfaltung des Neoliberalismus in den 1990er Jahren, die mich mit voller Wucht traf, ist mir klar geworden, dass Subkultur und Freiräume nicht reichen, sondern dass ich mich politisch engagieren und organisieren muss, um für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. Wie hier mit der Armutsbevölkerung umgegangen wird, ist für mich unglaublich, daher bin ich vor allem in Sachen sozialer Frage aktiv.

Westblog

Robert: Damals hatten wir eine ganze Reihe kleinerer Gruppen, Arbeitskreise an Universitäten und phasenweise oder punktuell zusammenkommende Bündnisse zu verschiedenen Themen. Das Hauptproblem Anfang der 90er war für uns der sich entfaltende deutsche Nationalismus. Der Diskurs der Herrschenden, ihrer politischen Klasse und ihrer professoralen und medialen Ideologen über die neue, mächtigere Rolle Deutschlands war flankiert von einem rassistischen, brandgefährlichen Mob, der meinte, nun sei seine Stunde gekommen. Demgemäß machten wir Demos und Aktionen gegen Rassismus, gegen den deutschen Nationalismus, gegen Scharnierinstitutionen zwischen »wohlanständigen Bürgern« und Rechten wie das »Studienzentrum Weikersheim« und gegen Nazis. Parallel organisierten wir Veranstaltungen wie Vorträge, Seminare und Diskussionen zu diesen Themen, aber auch zur Kritik des kapitalistischen Systems und der Staatsform. Über Alternativen einer anderen Gesellschaft wurde recht wenig gesprochen, das marxistische Bilderverbot verödete einerseits das Denken vieler, andererseits schreckte die Lächerlichkeit diverser Politsekte mit ihren jeweiligen fertigen Rezepten ab.

Willi: Autonome Betriebskollektive überall da aufzubauen, wo wir selbst Lohnarbeiteten wie zum Beispiel in den Massenbetrieben der Autoindustrie (siehe die GOG bei Opel und das Buch über die sechs Tage der Selbstermächtigung von 2004)/Kontakte herzustellen mit gewerkschaftlichen Basiskollektiven in anderen Regionen und Ländern, die emanzipatorische Praktiken in ihren Aktionsfeldern entwickelten und Beziehungen zu emanzipatorischen Akteuren in Ländern des »realen Sozialismus« wie in Polen, Rumänien und der DDR.

Hauke: Die erste praktische Zusammenarbeit und gemeinsamen Kämpfe gab es vor allem im Antifabereich und 1990 während der Hausbesetzerzeit in der Mainzerstraße in Ostberlin. Natürlich gab es in den ersten Monaten der Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westlinken viele Unterschiede, Missverständnisse, an manchen Stellen auch eine Bevormundung und Besserwisseri durch die Westlinken. Aber immer wieder in den konkreten Kämpfen um die besetzten Häuser und Freiräume gegen die Nazis in Ostberlin, Greifswald, Frankfurt/Oder, Potsdam wurden die Unterschiede schnell zweitrangig und mit der Zeit wuchs die gegenseitige Achtung. Die Unterschiede zwischen Ost und West wurden bei neuen Themen, die nichts mehr mit der trennenden Vergangenheit zu tun hatten schnell ziemlich unwichtig. Das beste Beispiel dafür ist die erfolgreiche Antiolympiakampagne von 1991 bis 1993, in der das Motto »Volksport statt Olympia« in ganz Berlin sehr erfolgreich praktiziert wurde. Auf theoretischer Ebene hingegen blieb das Interesse an einer wechselseitigen Aufarbeitung der Geschichte der DDR und BRD eher gering.

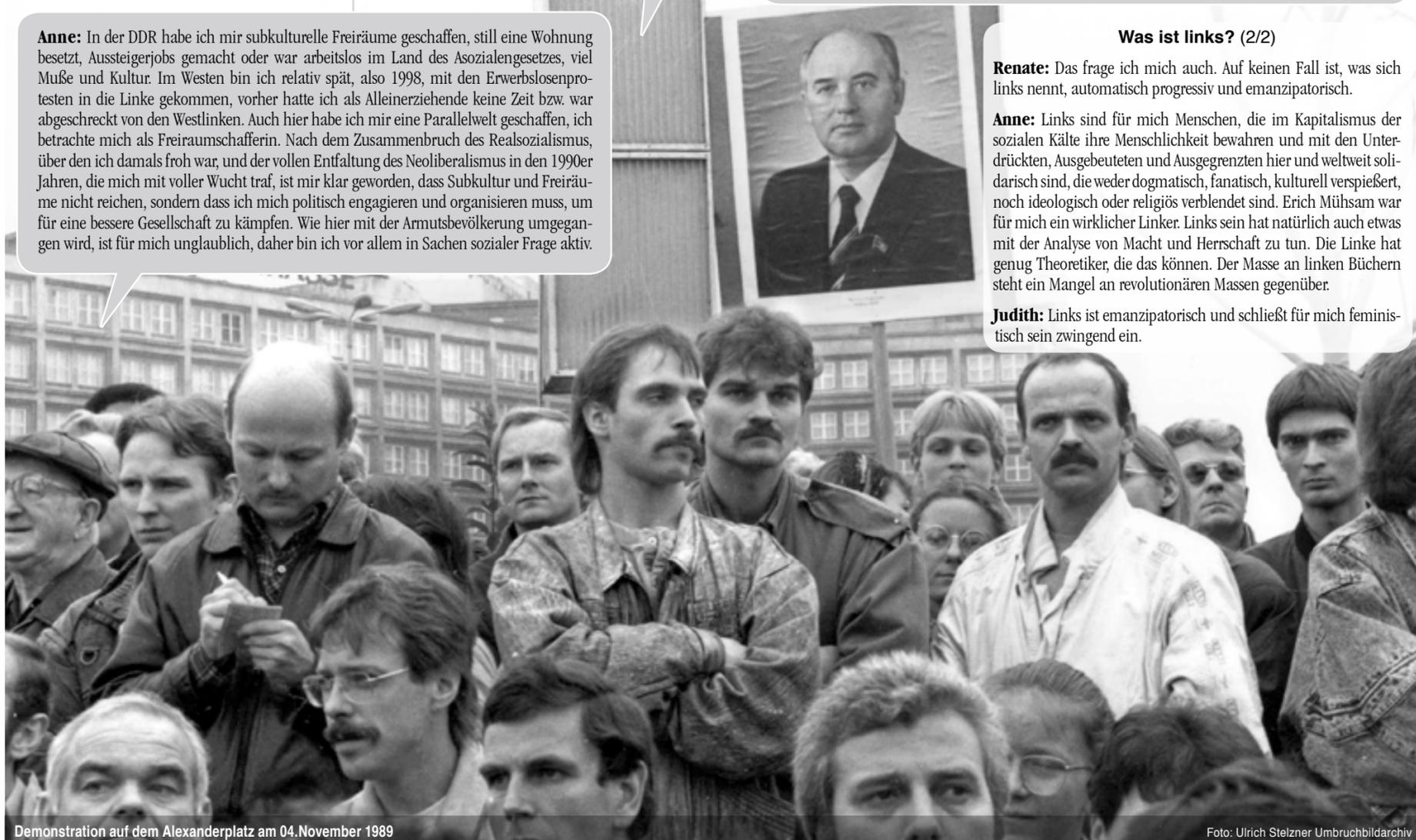
Elfi: Die damalige Praxis hatte nicht direkt etwas mit der Realisierung dieser emanzipatorischen Gesellschaft zu tun, was angesichts der eindeutig nicht revolutionären Situation in der BRD nicht weiter überraschen dürfte. In Freiburg/Br. beteiligte ich mich an den letzten auslaufenden Besetzungen des Häuserkampfes, bereitete mit anderen Autonomen Studis die Anti-IWF-Kampagne vor bzw. zog eine Bilanz daraus mit der Autonomen Kritik: Mit den überlieferten Vorstellungen brechen. Die autonome Frauengruppe ZK (Zusammen kochen) feilte an einer grundsätzlichen und endgültigen Kritik an der Familie. Ende '89, Anfang '90 wurden die antirassistischen Aktivitäten immer wichtiger, der Schutz der Flüchtlingsheime, die Propaganda gegen Nationalismus und Antisemitismus.

Was ist links? (2/2)

Renate: Das frage ich mich auch. Auf keinen Fall ist, was sich links nennt, automatisch progressiv und emanzipatorisch.

Anne: Links sind für mich Menschen, die im Kapitalismus der sozialen Kälte ihre Menschlichkeit bewahren und mit den Unterdrückten, Ausgebeuteten und Ausgegrenzten hier und weltweit solidarisch sind, die weder dogmatisch, fanatisch, kulturell verspießert, noch ideologisch oder religiös verblendet sind. Erich Mühsam war für mich ein wirklicher Linker. Links sein hat natürlich auch etwas mit der Analyse von Macht und Herrschaft zu tun. Die Linke hat genug Theoretiker, die das können. Der Masse an linken Büchern steht ein Mangel an revolutionären Massen gegenüber.

Judith: Links ist emanzipatorisch und schließt für mich feministisch sein zwingend ein.



Demonstration auf dem Alexanderplatz am 04. November 1989

Foto: Ulrich Stelzner Umbruchbildarchiv

Warum kam es nicht zum gemeinsamen Zusammengehen von Ost- und Westlinken?

Ostblog

Renate: Die Aktiven in unserer Initiative waren keine Linken nach westdeutschem Verständnis, sie repräsentierten eher den Querschnitt der DDR-Beschäftigten. Sie machten einen unglaublich wichtigen Lern- und Selbstverständigungsprozess durch: Wie vertritt man seine Meinung, wie setzt man sie durch, wie organisiert man sich. Ihr Anspruch war hoch: Wir können das besser als unsere »Volksvertreter«, wir wissen, was zu tun ist, wir lassen uns nicht wieder verschaukeln. Mit diesem radikaldemokratischen Gestus konnten die meisten Linken im Westen nichts anfangen. Sie entdeckten liberales Gedankengut und kaum klare antikapitalistische Perspektiven bei den Akteuren. Ich vermute, sie sahen daher wenig Grund, sich diesen Bewegungen anzuschließen?

Bernd: Es kam durchaus zum Zusammengehen von Ost- und Westlinken, allerdings unterstützte nur eine Minderheit der Westlinken Linke im Osten. Der gescheiterte Gründungskongress der VL war voll von westlinken, v.a. trotzkistischen Kleingruppen. Das Gros wollte allerdings nur missionieren, nicht zusammenarbeiten auf gleichberechtigter Grundlage. Als VL hatten wir reale Unterstützung von der Vereinigten Sozialistischen Partei, einem Teil des sich gerade zerlegenden Kommunistischen Bundes, des linken Flügels der Grünen und Teilen der Räte-Kommunist/innen, Anarchist/innen und Autonomen. So war der im letzten Jahr leider verstorbene Herausgeber der »Aktion«, Lutz Schulenburg, ein wichtiger Unterstützer für uns. Doch fast die gesamte »ML-Linke«, und die bildete ja das Gros der westdeutschen Linken, ging von vornherein auf Distanz zur Entwicklung im Osten, ebenso die meisten »Antiimps«.

Thomas: 1990 war die Westlinke am Ende und die Ostlinke stand vor einem Neubeginn. Dieser Beginn ist ebenso gescheitert, wie das Projekt einer vereinigten gesamtdeutschen Linken – auch wenn heute diese Einheit in Gestalt der Partei »Die Linke« für Viele als solche gelten mag. Ausdruck des Niedergangs der Westlinken ist beispielsweise die Kluft zwischen der emanzipatorischen Praxis der antiautoritär-libertären Neuen Linken der späten 60er Jahre und dem fatalen Agieren der Mehrzahl autoritär-dogmatischer K-Gruppen der 70er Jahre. Ebenso ist dieser Niedergang durch die Kluft zwischen der überaus hilfreichen, kenntnisreichen und zahlreichen tätigen Solidarität westlicher linkssozialistischer Gruppen und Initiativen der 70er Jahre mit der verfolgten (linken) Opposition Osteuropas einerseits und dem von missionarischen Eifer geprägten Auftritt konkurrierender, gänzlich uninformativer sektiererischer Kleingruppen im Herbst 1989 in der DDR andererseits charakterisiert.

Judith: Es gab immer wieder wichtige Berührungspunkte (Asylrecht, Antifa), dennoch war das gegenseitige Verständnis sehr gering. Wir haben nicht verstanden, dass die unterschiedliche Sozialisation und die unterschiedlichen Gesellschaften natürlich auch zu anderen Schlussfolgerungen für Prioritäten des politischen Kampfes geführt hat. Besonders bei den organisierten Frauen ist mir aufgefallen, dass die »Westfrauen«, die durch ihre Bewegung viele Rechte erkämpft hatten, überhaupt kein Verständnis hatten für alle diese »Ostfrauen«, die mit einem Professorentitel und drei Kindern im Schlepptau ihren »Mann« standen und die diese Rechte in der DDR scheinbar erhalten hatten ohne jeglichen Kampf einfach, weil es wenigstens eine lange Weile zum »sozialistischen Menschenbild« gehörte. Dass die »Pflicht auf einen eigenen Lebensentwurf« dennoch das Bewusstsein vieler Frauen in der DDR verändert hat, ist ihnen vollständig entgangen.

Anne: Die Ostlinke war sehr marginal und die Westlinken hatten meistens die DDR ignoriert (oder waren in der SEW/DKP). Als dann Westlinke mit der PDS zusammenarbeiteten, rieb ich mir verdutzt die Augen. Viele SED-/PDS-Mitglieder waren für mich erzkonservativ gewesen. Auch Marxgeschulte aus Ost und West schienen sich zu verstehen, dabei waren Marxisten-Leninisten in der DDR oft hochgradig angepasst. Und während zum Beispiel einzelne Mitglieder der Vereinigten Linken schnurstracks aus der SED und der NVA kamen, waren andere, die in der DDR ausgestiegen waren, für mich kulturell viel eher Linke, ohne dass sie in dieser Linken organisiert waren. Aber keine Glorifizierung der DDR-Subkultur, einige VertreterInnen sind heute ähnlich wie ehemalige Bürgerrechtler angepasst oder gar reaktionär. Aber manche »Linke« können das bald noch toppen. Was ich mir für DDR-Nostalgie anhören muss. Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Westblog

Robert: Aus dem Südwesten des Landes betrachtet war das »Geschehen in der DDR« recht weit weg. Wir hatten den Eindruck, dass die Menschen in diesem anderen Land '89/'90 eine einmalige Chance hätten, eine neue, bessere, nie da gewesene Gesellschaft schaffen zu können. Dort wären wir dann gern hingezogen... Wir sahen aber nicht, dass nennenswert viele Leute dort eine solche, zum Beispiel libertär-sozialistisch orientierte, Gesellschaft wollten oder auch nur erwogen. Klar, es gab Menschen, Strömungen und auch Gruppen, die sich mit der Frage nach Alternativen zu staats- und privatkapitalistischen Systemen befassten. Doch die Masse der Menschen wie auch der Organisationen in der Noch-DDR oder dann der »Ex-DDR« wollte zur BRD hinzugehören oder vermied eine Positionierung, geschweige denn eine organisierte Opposition, gegen den Anschluss an das größere Deutschland. Uns fiel leider auch nicht viel ein, was wir da machen konnten, im Westen war es ja nicht besser. In Berlin gab es wohl so einiges an »Zusammengehen«. Doch – abgesehen von Antifa-Aktionen, Demos und punktuellen Mobilisierungen – gab (und gibt!) es hierzulande überhaupt nur sehr wenig »Zusammengehen«, also Organisiertheit, von radikalen, libertären Linken in einem überregionalen Maßstab.

Willi: Wir suchten zuerst den Kontakt im Betrieb und direkten sozialen Umfeld zu KollegInnen aus Osteuropa, von denen es gerade in den großen Betrieben des Ruhrgebiets nicht wenige gab – eine Reihe von ihnen kamen Anfang der 80er Jahre aus Polen, besonders aus Stettin und Danzig und einige beteiligten sich auch an unseren basisgewerkschaftlichen Wochenschulungen. Aus ihren Erzählungen lernten wir und die Arbeiterkollegen an der Ruhr einiges von der Realität und dem Kampf der Kollegen im staats-sozialistischen Block kennen. Sie erzählten aber auch über die fantasievollen Aktions- und Kampfformen der Solidarnosc-Bewegung und den Mut der streikenden Arbeiter.

Hauke: Was ist hier mit »Linke« gemeint? Die alte PDS etwa auch? Für uns Autonome gab es mit der PDS nur im Antifabereich eine teilweise gute Zusammenarbeit. In allen anderen gesellschaftlichen Fragen war uns die Partei viel zu sozialdemokratisch und staatsfixiert. Und in der über einige Jahre offenen Hauptstadtfrage Bonn-Berlin war sie eher unser Gegner. Schließlich haben ja die Stimmen der PDS im Bonner Bundestag überhaupt erst für eine Mehrheit für den Regierungsumzug gesorgt. Mit den gewerkschaftlichen Kämpfen hatten wir nicht viel am Hut. Letztendlich hatten wir (Westberliner) Autonome auch zu viel mit uns selbst zu tun, mussten uns neu finden. Und in den Kämpfen gegen die neue Nazischeiße und den Rassismus in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerder fühlten wir uns ganz schön allein. Bis auf paar Leute von der PDS gab es da nur wenige Aktionen mit den Linken vor Ort. Zugegeben: Unser häufiges sehr martialisches Auftreten, als Schwarzer Block zum Beispiel, war für Außenstehende auch nicht sonderlich attraktiv.

Elfi: Vor 1989 gab es von Freiburg/Br. aus wenig Kontakte in die DDR, was zum Teil an der geografischen Lage gelegen haben mag. Es gab einen linksradikalen Pfarrer aus Ostberlin, der bei der Initiative Sozialistisches Forum mitwirkte (die damals noch weit entfernt von antideutschen Dummheiten war). Es gab relativ schnell nach dem Fall der Mauer Kontakte zur Umweltbibliothek und zu Wolfgang Rüdtenklau, der in Freiburg auch eine oder mehrere Veranstaltungen durchführte. Darüber hinaus wurden Computer und Telefone vom Süden in einem Laster nach Ostberlin zur Umweltbibliothek gefahren, die vorher durch Geld- und Materialsammlung der radikalen Linken entstanden wurden. Dann gab es lockere informelle Kontakte nach Leipzig, die eher subkulturell konnotiert waren, aber aufgrund der Situation schnell einen politischen Charakter und Austausch annahmen.



Was erscheint euch relevant für die heutige Zeit?

Ostblog

Renate: Nicht nach der Verwirklichung der Lehre zu suchen, sondern darauf zu achten, was in der jeweiligen historischen Situation angesagt ist. Die eigene politische Erfahrung und Praxis nicht zum Nonplusultra zu machen, sondern zu begreifen, dass andere Entwicklungen auch zu anderen Bewegungen führen. Der Kampf gegen die monopolistischen Strukturen in der DDR und um demokratische Rechte war ungeachtet seiner fehlenden kommunistischen Perspektiven ein emanzipatorischer Kampf, den jede/r Linke hätte unterstützen und weiter treiben müssen. Solche Entscheidungen haben wir angesichts der aktuellen Bewegungen jeden Tag zu treffen – also lasst uns aus der Erfahrung '89 was lernen.

Bernd: Mit unseren politischen Schwerpunkten hatten wir aus verschiedenen Gründen nur marginalen Einfluss auf die Gesamtentwicklung. Vor allem gerieten wir mit unserem Festhalten an der Perspektive eines ökologischen Selbstverwaltungssozialismus in die politische Isolation, als die Massen sich für einen raschen Anschluss an die BRD entschieden. Andererseits haben wir jedoch Glaubwürdigkeit und Perspektive der basisdemokratischen Linken im Osten gerettet. Wir haben uns auch nicht opportunistischen Machtperspektiven hingegeben, wie alle anderen ehemals oppositionellen Gruppen, als sie in die zweite Modrow-Regierung eintraten. Dennoch blieben wir Teil realer Bewegungen, weil wir keine Sektierer waren. Wir praktizierten eine auf politischen Grundsätzen, nicht auf Ideologien beruhende plurale basisdemokratische Linke. Das ist wohl das Wichtigste für die Zukunft einer emanzipatorischen Linken.

Thomas: Das Scheitern der »Vereinigten Linken« ausgangs der demokratischen Herbstrevolution in der DDR ist keineswegs ein Beweis für die Untauglichkeit einer sozialökologisch-basisdemokratischen sozialistischen Alternative zu Stalinismus und real existierendem Kapitalismus. Allerdings steht die seitdem eher noch gewachsene Plausibilität der Notwendigkeit einer solchen Alternative in krassem Missverhältnis zur sinkenden Erwartungswahrscheinlichkeit ihrer politischen Realisierung. Ganz offensichtlich gibt es ein veritables Defizit an neuen Strategien zur Änderung bestehender Kräfteverhältnisse. Auf neue Problemlagen dominieren in der Linken noch alte Antworten, die offensichtlich nichts zu deren Lösung beitragen. Ebenso war damals die VL außerstande, wirksame politische Konzepte als Antwort auf die sich überstürzenden Entwicklungen des Jahres 1990 zu entwickeln. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Eine Linke, welche diese Antworten nicht findet, verschwindet zu Recht in der Bedeutungslosigkeit.

Judith: Nach dem Ende der DDR und des gesamten Ostblocks scheint mir die Möglichkeit, eine emanzipatorische Gesellschaft zu begründen, in sehr weite Ferne gerückt. Besonders viele Leute aus dem Osten versuchen, die Maxime »Jeder ist seine Glückes Schmied« umzusetzen. Mir ist besonders wichtig, immer wieder klar zu machen, dass dies die Privatisierung eines gesellschaftlichen Problems, nämlich der ungerechten Verteilung, darstellt und deswegen bekämpft werden muss. Mein zweites Hauptthema ist die patriarchale Gesellschaft, in der wir leben, in der immer noch das christliche Familienideal (inzwischen ausgeweitet auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften) propagiert wird und Frauen glauben, wenn sie es mit HERRschafts-methoden in die Vorstandsetagen geschafft haben, sei dies ein Ausdruck von Emanzipation. Also was ich brauche ist Geduld, gemeinsames Lernen und Ermutigung.

Anne: Zunächst – weg mit dem verbissenen Ernst. Thomas Brussig schreibt über die Zeit in der DDR: »Es war von vorn bis hinten zum Kotzen, aber wir haben uns prächtig amüsiert.« Heute bemerke ich, dass vielen in dieser finsternen Zeit der Humor ausgeht. Ich würde mich jedenfalls gerade jetzt über eine Spaßguerilla freuen. Zudem müsste es heute in Zeiten der Entgrenzung der Arbeit auch darum gehen, sich diese Freizeit – wie im Buch »Subkultur Westberlin 1979-89« beschrieben und über die auch die DDR-Subkultur verfügte – zurückzuerobern und wieder über seine Lebenszeit selbst bestimmen zu können. Ohne vom Staat oder Markt abhängig zu sein, die die Freiheit der existenziell Abhängigen einschränken. Und letztlich – wer sich heute nicht mit der sozialen Frage befassen möchte, wird nicht wirklich etwas gegen Rechtspopulismus und Nazis tun können.

Renate Hürtgen, 1947 in Ostberlin geboren, DDR-Oppositionelle, versteht sich als emanzipatorische Linke.

Bernd Gehrke, geb. 1950 in Tempelhof, aufgewachsen in Prenzlauer Berg, studierte politische Ökonomie in Leipzig; brach in den 1970ern eine SED-Karriere zu Gunsten einer linken Opposition ab. Er lebt als Publizist in Berlin.

Thomas Klein, Jahrgang 1948, aus Berlin (Ost), DDR-»68er«, politisch sozialisiert über konspirative Arbeit in linken Gruppen, Berufsverbot und Haft, Arbeit in der Friedensbewegung der 80er Jahre und in der VL.

Judith Braband, geb als Jutta 1949 in Barth/Ostsee, Studium Außenhandelsökonomie, freiberufliche Textil- und Modedesignerin, Bundestag, Kulturhausleiterin in Berlin, Mitte der 70iger Bruch mit Stasi und SED, danach linke Opposition, Mitglied der VL, Stiftung Haus der Demokratie, lebt als Künstlerin, Kulturmanagerin auf dem Land in BB

Anne Seeck, 1962 in der DDR geboren, Ausreisearbeit und Übersiedlung nach Westberlin im November 1989, aktiv in der Erwerbslosenbewegung und anderen sozialen Bewegungen.

Westblog

Robert: Es klingt banal, aber relevant ist zu wissen, wogegen wir kämpfen und wofür. Wir – radikale, libertär-emanzipatorische Linke – sind uns in recht vielem nicht einig. Es wäre mehr Einigkeit möglich, und sie ist auch nötig, für eine tatsächliche Wirkung auf und in die bestehende Gesellschaft. Keine absolute Einigkeit, aber eine in den wesentlichen Punkten: Neben der Kritik und dem Analysieren und Einschätzen des Gegebenen und der Möglichkeiten der Jetztzeit sind dies Entwürfe eines anderen Lebens, einer anderen Gesellschaft. Eine zentrale Frage ist dabei: Wie könnten wir und alle, die eine freie Gesellschaft anstreben, diese so einrichten, dass jede und jeder gleichermaßen beteiligt ist an ihrer Institution, ihrer Institutionierung, also an der – immer veränderbaren – Einrichtung der (auch imaginären) Institutionen, die wir uns bewusst geben könnten, statt sie nur aushalten zu müssen. Verwerfen sollten wir jede Vorstellung der »einen, einzigen, richtigen Sichtweise«, jede Vorstellung einer homogenen sozialistischen Gesellschaft und Welt. Eher sollte es gewissermaßen um die Möglichkeit eines libertären, Autonomie-freundlichen »Flickenteppichs« gehen, in dem Experimente und alternative Lebensformen willkommen sind und ihren Platz finden.

Willi: Mehr denn je zu fördern jede Form von sozial-emanzipativen Praktiken und sozialen Ausbrüchen und Revolten von Lohnarbeitenden und Erwerbslosen, Flüchtlingen und MieterInnen usw. Selbst Initiativen zu ergreifen, die helfen sich zu befreien aus Konkurrenz und Vereinzelung, basisgewerkschaftliche und egalitär-kooperative Zusammenhänge aufzubauen. Exemplarische Kämpfe für die soziale Würde und Befreiung aus der Lohnarbeit zu entdecken und zu popularisieren Rundum den rebellischen Geist zu wecken, sich zu wehren und neue soziale Zusammenhänge und Beziehungen zu erleben und zu schaffen, sich dabei zu verändern. Autonomie – egalitäre Kollektive aufzubauen, die uns alltäglich gegenseitig Rückhalt geben.

Hauke: Wirklich tiefgreifende Veränderungen brauchen Zeit! Der Kapitalismus steckt derzeit in seiner schwersten Legitimationskrise seiner Geschichte, jedenfalls hier in Europa. Das System ist dermaßen ungerecht, unsozial und menschenfeindlich – dass alles an sich nach Veränderungen schreit. Aber weit gefehlt. Selbst in den Krisenländern Südeuropas bleibt die antikapitalistische Bewegung in der Minderheit. Die Implosion des realen Sozialismus und die Jahre danach zeigen, dass es Jahre braucht, bis die Menschen zu wirklichen tiefgreifenden Veränderungen fähig sind und alte Gewohnheiten, Sicherheiten und Mentalitäten ablegen. Gesellschaftliche Veränderungen und Selbstveränderung bedingen sich wechselseitig – oder anders gesagt: Die Revolution im Großen kommt ohne die im Kleinen nicht aus. Sonst wiederholt sich nur die alte Scheiße!

Elfi: Diese Frage ist sehr umfassend: Angesichts der globalen Krise und eines, auch für die Mehrheitsbevölkerung immer unbeliebteren Kapitalismus scheint mir eine Einheit der existierenden, nicht institutionellen Linken wichtiger denn je, um die aktuellen Errungenschaften zu verteidigen. Das Ziel einer emanzipatorischen Gesellschaft sollte heute nicht nur negativ bestimmt werden, d. h. in einer Kritik am Kapitalismus formuliert werden, sondern diese Gesellschaft sollte auch in ihren Grundfesten von einer pluralistischen Linken diskutiert und entworfen werden. Die Perspektive dieser anderen Welt muss eine Kritik am Stalinismus, am Realsozialismus selbstredend einschließen. Diese konkrete Utopie ist auch deshalb nötig, weil Krisensituationen auch autoritäre, rassistische oder antisemitische Krisenlösungen hervorbringen können.

Robert Nevern lebte 1989 als Student v.a. der Naturwissenschaften im Südwesten der BRD. Heute lebt und werkt er in Berlin. Mal ist er mehr, mal weniger aktiv im libertär-kommunistischen Spektrum.

Willi Hajek ist Koordinator im europäischen Netzwerk der BasisgewerkschafterInnen, aktiv bei www.tie-germany.org, www.labourmet.de, www.labourmet.tv und dem [express](http://www.express.de), sich engagierend für eine libertär-kommunistische Gesellschaftlichkeit, lebt und fühlt sich wohl in franco-deutschen Zusammenhängen.

Hauke Benner, Jahrgang 1950, lebt in Berlin seit 1981

Elfi Müller, seit dem 17ten Lebensjahr politisch aktiv, heute bei der [jour fixe initiative berlin](http://www.jourfixeinitiativeberlin.de)



Quelle: www.ddr89.de

Die Internet-Seite <http://www.ddr89.de> sollte wirklich ganz vorn stehen, weil dort die beste Übersicht über die Gruppen und Dokumente im Original vorhanden sind.

Info

Ausgewählte Literaturhinweise:

Hannes Bahrmann/Christoph Links: Chronik der Wende - Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990, Berlin 1994. dies.: Chronik der Wende, Bd. 2 - Stationen der Einheit, Berlin 2000.

Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion - Analyse - Dokumente, Berlin 2001

Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Reihe »Zeitbilder« der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010 (Bestellnummer: 3950)

Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz, Jan Wielgohs (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Parteien und politischen Bewegungen im letzten Jahr der DDR, Herausgegeben von Carola Wuttke und Berndt Musiolek, Berlin 1991.

KLEINANZEIGEN

Geschichte(n) bewahren - ein Generationen verbindendes Projekt
 Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
 ✉ arianedettloff@ina-koeln.org
 ☎ (02 21) 31 57 83
 🌐 www.werkstatt-fuer-memoiren.de

Selbstorganisation und Solidarische Ökonomie:
 Vorträge, Workshops und Seminare über Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragón im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien.
Elisabeth Voß:
 ✉ post@elisabeth-voss.de
 ☎ 0049 - (0) 30 - 216 91 05
 🌐 www.elisabeth-voss.de

Paris – jenseits touristischer Klischees erleben.
 Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Bohème an. Nähere Informationen auf Anfrage:
 ✉ maurice.schuhmann@yahoo.fr

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation erscheint 11mal im Jahr.
 ISSN 0178-5737
 Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
 Postfach 10 45 20
 69035 Heidelberg
 E-Mail: info@contraste.org
 Internet: www.contraste.org
 Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405
 IBAN DE02508900000051512405
 BIC GENODEF3333
 Vereinsregisternummer: Amtsgericht Heidelberg, VR 1542
 USt Steuer Nummer: 32081 / 05427

Österreich: A-8010 Graz, Brigitte Kratzwald, ☎ 0043-699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / A-9020 Klagenfurt, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ 0043-46 34 18 590, E-Mail: hans.wieser@contraste.org
 Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / Kritik der Geldlogik: 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@unverdiend.de / Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de

V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kümpe über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung. Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11

Herstellung:

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg; IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG, ☎ http://netz.coop
 ✉ webmaster@contraste.org
 Layout: AdrienTasic, layout@contraste.org
 Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Kontakt:

Allgemeine Anfragen: info@contraste.org
 Abonnieren: abos@contraste.org
 Redaktion: redaktion@contraste.org
 Buchbesprechungen: rezenionen@contraste.org
 Termine: termine@contraste.org
 Verein: vorstand@contraste.org

Internet:

www.contraste.org
 twitter:
 ✉ https://twitter.com/contraste_org
 Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
 ✉ http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste

ANZEIGEN

Mehr als fair: FAIRBINDUNG
Kaffee aus solidarischem Handel

☑ 100% Arabica-Hochlandkaffee	☑ enge Zusammenarbeit mit der Kooperativen AMNSI aus Guatemala
☑ aus biologischem Anbau	☑ Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
☑ Café Crema oder Espresso	☑ solidarische Preisbildung
☑ Direkt importiert	

Fairbindung e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040164
 www.fairbindung.org - info@fairbindung.org

Querstellen statt querlesen

ak

analyse & kritik
 Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
 Bestellungen unter www.akweb.de

LATEIN AMERIKA
 NACHRICHTEN

DIE MONATSSCHRIFT



Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter
 www.lateinamerika-nachrichten.de

LESEN HILFT

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
 Bank für Sozialwirtschaft
 BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
 Kennwort: »Contraste«

www.freiabos.de

KLEINANZEIGEN

Kosten:
 • Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
 • Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWST.
 Private Stellengesuche sind kostenlos!

Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
 Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

Einse@nden an:
 CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

FRIEDEN STATT NATO

XX. internationale rosa luxemburg konferenz 2015

10. Januar 2015 | Urania Berlin | Einlass 10 Uhr

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

www.rosa-luxemburg-konferenz.de www.jungewelt.de

TIERRA y LIBERTAD
 Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und der Welt

20 Jahre Aufstand in Chiapas / Die "Kleine zapatistische Schule" / Stimmen aus Chiapas / Verschwindenlassen in Mexiko / Industrielle Schweinemast in Mexiko und anderswo / TAFTA: Globalisierung 2.0 / Menschenrechtsbeobachtung in Guatemala / Terror in Honduras / "Krise" und Solidarität in Spanien / mehr

Nummer 73 - Winter 2013/14 jetzt erhältlich:
 tierra-y-libertad.de * abolandundfreiheit@riseup.net



GEMEINSCHAFTEN

Infotage: Ökodorf Siebenlinden
5.-7.12.2014 (Beetzendorf)
Das Wochenende bietet Gelegenheit das Ökodorf kennenzulernen. Gebündelte Informationen über die mehr als 15jährige Geschichte, über Selbstverständnis, Ökonomie, Entscheidungsstrukturen und das gemeinschaftliche Zusammenleben werden ergänzt durch Gespräche mit BewohnerInnen, eine Führung über das Gelände und einen Dokumentarfilm. Mit Christoph Strünke und Gabi Bott.
Ort: Ökodorf Sieben Linden, D-38489 Beetzendorf-Poppau.
Info: www.siebenlinden.de/

WIRTSCHAFTEN

Seminar: Ökonomie und Achtsamkeit
28.-30.11.2014 (Warburg)
Das Seminar vermittelt unter anderem Möglichkeiten, einen »zu-hörenden« Raum herzustellen, das konkurrierende Diskutieren (Zerschneiden) aufzugeben, zu reflektieren, wie und wann wir mit unseren Anliegen wirksam werden. In Übungen können neue Selbst- und Gruppenerfahrungen gemacht werden.
Veranstalterin: Die AG Menschenbild(ung) der Akademie Solidarische Ökonomie lädt ein.
Ort: Seminarhaus am Heinberg, Warburg
Infos: www.akademie-solidarische-oeconomie.de/

FRIEDEN

Friedensgala der »Anstifter«
23.11.2014, 17 Uhr (Stuttgart)
Der diesjährige Stuttgarter Friedenspreis wird an Edward Snowden verliehen. Der Whistleblower wird für seinen Verdienst geehrt, das immense Ausmaß der weltwei-

ten Überwachungs- und Spionagepraktiken von Geheimdiensten öffentlich gemacht zu haben. Die Verleihung findet im Rahmen der Friedensgala statt. Mit Walter Sittler, Ines Pohl, Constanze Kurz, Prof. Josef Foscchepoth, Rainer von Vielen und (in gewisser Weise) Edward Snowden. Außerdem sind im Theaterhaus die eingereichten Werke des Anstifter-Plakatwettbewerbs »100 Jahre erster Weltkrieg. Die Waffen nieder! Jetzt!« zu sehen.
Ort: Theaterhaus Stuttgart
Infos: www.die-anstifter.de

Seminar: Waffen made in Germany
28.-30.11.2014 (Berlin)
Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt und der größte der Europäischen Union. Im Seminar geht es um den internationalen Waffenhandel und dessen Auswirkungen. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und NGOs diskutieren wir über die außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Faktoren, die für Deutschlands Haltung in Sachen Rüstungsexport von Bedeutung sind oder sein sollten.
Ort: Internationale Jugendbildungsstätte Sophienhof, Sophienstr. 19, 10178 Berlin
Infos: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/>

FRAUEN

Filmvorführung: »DIFRET«
25.11.2014, 19:00 Uhr (Berlin)
Anlässlich des internationalen Tags »NEIN zu Gewalt an Frauen« wird in der Niederländischen Botschaft in Berlin der äthiopische Spielfilm DIFRET gezeigt. Der Film handelt vom Prozess gegen ein entführtes und von Zwangsverheiratung bedrohtes Mädchen, welches in Notwehr ihren Entführer tötete. Der Spielfilm beruht auf einer wahren

Geschichte. Anschließend findet ein Gespräch mit Rechtsanwältin Meaza Ashenafi statt, die den Fall betreute. Die Veranstaltung ist kostenlos, verbindliche Anmeldung bitte an geschaeftsfuehrung@frauenrechte.de.
Ort: Klosterstraße 50, 10179 Berlin
Infos: www.terre-des-femmes.de/

BILDUNG

Digital Publishing mit InDesign CC. Ein Workshop mit Jacqueline Moschkau und Daniel Leisegang
13.-14. Dezember 2014, 10-18 Uhr (Berlin)
Der zweitägige Workshop vermittelt die notwendigen Grundkenntnisse, um digitale Produkte für E-Reader und Tablets produzieren zu können. Anhand unterschiedlicher Arbeitsbeispiele – angefangen bei einfachen Textdokumenten bis hin zu multimedialen Dokumenten – erlernen die Teilnehmer*innen die handwerkliche Umsetzung unterschiedlicher Formate. Der Schwerpunkt liegt auf der Planung und Erstellung eines E-Books, ggf. eines Tablet-Magazins.

Inhalt

Die Schulung richtet sich an Anwender, die bereits erste Erfahrungen mit Adobe InDesign gemacht haben und nun »digitale Inhalte« erstellen möchten.
Der zweitägige Workshop vermittelt die notwendigen Grundkenntnisse, um digitale Produkte für E-Reader und Tablets produzieren zu können. Anhand unterschiedlicher Arbeitsbeispiele – angefangen bei einfachen Textdokumenten bis hin zu multimedialen Dokumenten – erlernen die Teilnehmer die handwerkliche Umsetzung unterschiedlicher Formate. Der Schwerpunkt liegt auf der Planung und Erstellung eines E-Books, ggf. eines

Tablet-Magazins.
Folgende Fragen stehen dabei im Zentrum: Was müssen Nutzer berücksichtigen, wenn sie digitale Formate erstellen? Welche Werkzeuge stellt InDesign zur Verfügung und wie lassen sich diese nutzen? Wie erfolgt das Arbeiten mit Blick auf Textaufbau und -verketzung, unterschiedliche Formate und Abstände, Bilder und grafische Elemente, Hyperlinks und Querverweise und Inhaltsverzeichnisse? Und was ist beim Export zu beachten?

Anforderungen an die Teilnehmenden

Für die Teilnahme sind Grundkenntnisse in Adobe InDesign erforderlich.
Jede*r Teilnehmer*in benötigt ein Notebook (mit Microsoft Windows XP oder höher / Mac OS X 10.7 oder höher), eine Maus und ein Mehrfachstecker bzw. ein Verlängerungskabel. Computerplätze sind nicht vorhanden. WLAN ist in den Schulungsräumen vorhanden.
Testversionen der Software Adobe InDesign CC und ausführliche Kursunterlagen werden zu Beginn des Kurses bereitgestellt. Die Testversion kann aber auch bereits vorab im Netz unter www.adobe.de heruntergeladen und vorinstalliert werden.

Über die Dozierenden

Jacqueline Moschkau, Dipl.-Kulturwissenschaftlerin, arbeitet als freie Journalistin und Autorin. Sie ist Lehrbeauftragte an der Universität Hildesheim für InDesign und Photoshop. (www.jacjournal.de)
Daniel Leisegang, Redakteur bei der politisch-wissenschaftlichen Monatszeitschrift »Blätter für deutsche und internationale Politik« (www.blaetter.de).
13.-14. Dezember 2014 | 10-18 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1 | 10243 Berlin

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:

CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg

ANZEIGEN

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Café Libertad Kollektiv eG
Strosemannstr. 368 - 22749 Hamburg
Telefon: 040-20904895 • Fax: -93
www.cafe-libertad.de • cafe-libertad@gmx.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit **24 Seiten Berichten** und **Analysen** zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In der Ausgabe November 2014 u. a.:

- Schwerpunkt Kobanê: Rojava, ein Modell, das nicht sein darf; die Bedeutung Kobanês für die syrische Revolution; Waffen ins Kriegsgebiet?
- GDL-Streik
- Industrie 4.0: neue Phase der kapitalistischen Entwicklung
- Arno Klönne: 25 Jahre Mauerfall – teildesutsche Geschichtselenden
- Die Regenschirmbewegung in Hongkong

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
SoZ-Verlag
Regentenstr. 57-59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96
redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

DER RABE RALF
Umwelbündiges Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltzene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Ausgabestellen wie Bibliotheken, Naturwachen- und Umweltdiensten oder für halbjährlich 10 € per Unterschriftsprobe ins Haus.
Kostenlose Probennummer bei DER RABE RALF, Penckener Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030443391-47

Deutschland Rassismus
Eine Einführung, auch für Seminare und Schulungen: Rassismus. Ideologie, Nationalsozialismus, Apartheid, Alltagsrassismus, Antirassismus.
Rassismus
Magazin Verlag, 2014, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:
Der Staat kümmert sich um dich
Aktueller Schwerpunkt: Erziehung und Bildung als tragende Säule des Staates oder der Emanzipation
www.direkteaktion.org

TRUST KOMPETENT, LEIDENSCHAFTLICH, UNABHÄNGIG SEIT 1986 — PUNK HARDCORE UNDERGROUND UND SOZIOPOLITISCHE THEMEN — JETZT GRATIS PROBEEXEMPLAR ANFORDERN BEI: DOLF@TRUST-ZINE.DE — CODE: C14 — WWW.TRUST-ZINE.DE

345 iz3w
Diskriminierung inklusive – von Barrieren und Behinderungen
Außerdem: ► Friedensbewegung im Senegal ► Afropolitan im Roman ► Dschihadisten auf dem Vormarsch ... 60 Seiten, Einzelpreis € 5,30
auch als PDF-Download
iz3w ► Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand).

Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name: _____

PLZ, Ort, Straße: _____

Gruppe/Betrieb/Beruf: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: _____

Geldinstitut: _____

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

schriftlich

Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.